NomosStudium

Winkler | Kelly | Schmidt | Zeccola

Klausurtraining Umweltrecht

2. Auflage

Nomos

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

NomosStudium

Prof. Dr. Daniela Winkler | Ryan Kelly, M. Sc.
Kristina Schmidt, LL.M. | Dr. Marc Zeccola

Klausurtraining Umweltrecht

2. Auflage

Prof. Dr. Daniela Winkler, Abteilung für Rechtswissenschaft des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Recht der Universität Stuttgart | **Ryan Kelly**, M. Sc., Öko-Institut e.V., Freiburg | **Kristina Schmidt**, LL.M., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg | **Dr. Marc Zeccola**, Universität Stuttgart

Nomos

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1054-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-4170-5 (ePDF)

2. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Vorwort zur 2. Auflage

Das Umweltrecht ist aufgrund seiner stetig zunehmenden praktischen Relevanz nicht nur von großer Wichtigkeit in der Rechtsanwendung, sondern auch aus der universitären Ausbildung nicht mehr wegzudenken, steht es doch exemplarisch für die Modernisierung und Europäisierung des Verwaltungsrechts. Die Ausbildungsliteratur steht dabei vor besonderen Herausforderungen: So ist das Umweltrecht ein Rechtsgebiet, das einem besonders schnellen Wandel unterworfen ist. Mit dem Klimaschutz- und Energierecht entstehen und verdichten sich zudem neue Teilgebiete. Zugleich gehört das Umweltrecht zu jenen Rechtsgebieten, die in besonderer Weise durch das Unionsrecht geprägt sind.

Das vorliegende Buch versteht sich nicht nur als Unterstützung bei der Bearbeitung umweltrechtlicher Klausuren (im Hinblick auf das Erfassen des Sachverhalts, die Normanwendung sowie Subsumtions- und Argumentationstechnik), sondern zugleich als Ergänzung umweltrechtlicher Lehrbücher. Die inhaltlich breit gefächerten Fälle vermitteln einen Überblick über das Umweltrecht in seiner ganzen Breite – etwa auch unter Einbeziehung des Energierechts. Die umfangreichen Vertiefungs- und Literaturhinweise zielen auf eine über die Fallfrage hinausreichende Wissensvermittlung. Die mitunter anspruchsvolle Verknüpfung nationaler Gesetze und unionsrechtlicher Vorgaben, welche auch als Durchbrechungen des verwaltungsrechtlichen Systemdenkens wirken können, findet besondere Berücksichtigung.

Mit der vorliegenden Neuauflage wird das Werk vollständig auf den aktuellsten Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung gebracht. Berücksichtigt werden insbesondere die Novellen des BNatSchG, des EnWG, des EEG und des WindBG sowie der Klimabeschluss des BVerfG.

Stuttgart/Freiburg, März 2024

Ryan Kelly
Kristina Schmidt
Daniela Winkler
Marc Zeccola

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Vorwort zur 1. Auflage

Das Umweltrecht ist aufgrund seiner stetig zunehmenden praktischen Relevanz nicht nur von großer Wichtigkeit in der Rechtsanwendung, sondern auch aus der universitären Ausbildung nicht mehr wegzudenken, steht es doch exemplarisch für die Modernisierung und Europäisierung des Verwaltungsrechts. Die Ausbildungsliteratur steht dabei vor besonderen Herausforderungen: So ist das Umweltrecht ein Rechtsgebiet, das einem besonders schnellen Wandel unterworfen ist. Mit dem Klimaschutz- und Energierecht entstehen und verdichten sich zudem neue Teilgebiete. Zugleich gehört das Umweltrecht zu jenen Rechtsgebieten, die in besonderer Weise durch das Unionsrecht geprägt sind.

Das vorliegende Buch versteht sich nicht nur als Unterstützung bei der Bearbeitung umweltrechtlicher Klausuren (im Hinblick auf das Erfassen des Sachverhalts, die Normanwendung sowie Subsumtions- und Argumentationstechnik), sondern zugleich als Ergänzung umweltrechtlicher Lehrbücher. Die inhaltlich breit gefächerten Fälle vermitteln einen Überblick über das Umweltrecht in seiner ganzen Breite – etwa auch unter Einbeziehung des Energierechts. Die umfangreichen Vertiefungs- und Literaturhinweise zielen auf eine über die Fallfrage hinausreichende Wissensvermittlung. Die mitunter anspruchsvolle Verknüpfung nationaler Gesetze und unionsrechtlicher Vorgaben, welche auch als Durchbrechungen des verwaltungsrechtlichen Systemdenkens wirken können, findet besondere Berücksichtigung.

Für vielfältige Hinweise und wertvolle Unterstützung danken wir Laura Augsten und Jasmin Zinser.

Stuttgart, Dezember 2020

Ryan Kelly
Kristina Schmidt
Daniela Winkler
Marc Zeccola

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 2. Auflage 5

Vorwort zur 1. Auflage 7

Inhalt 11

Fall 1: Umwelteuroparecht (Winkler) 29

Fall 2: Umweltverfassungsrecht (Kelly) 52

Fall 3: Umweltinformationsrecht (Zeccola) 81

Fall 4: Immissionsschutzrecht (Schmidt) 100

Fall 5: Naturschutzrecht (Schmidt) 133

Fall 6: Gewässerschutzrecht (Zeccola) 162

Fall 7: Kreislaufwirtschaftsrecht (Schmidt) 183

Fall 8: Bodenschutzrecht (Winkler) 207

Fall 9: Umweltenergierecht (Kelly) 225

Stichwortverzeichnis 257

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Inhalt

Vorwort zur 2. Auflage 5

Vorwort zur 1. Auflage 7

Inhaltsübersicht 9

Fall 1: Umwelteuroparecht (Winkler) 29

A. Ausschließliche Zuständigkeiten 35

B. Geteilte Zuständigkeiten 36
I. Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 Industrieemissionen-Richtlinie 36
1. Geteilte Zuständigkeit 36
2. Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen Primärrecht 37
3. Abschließende Regelung 37
a) Wortlaut 38
b) Systematik 38
c) Historische Auslegung 38
d) Sinn und Zweck der Regelung 39
e) Primärrechtskonforme Auslegung 39
aa) Vorsorgeprinzip 39
bb) Art. 192 Abs. 2 S. 1c) AEUV 40
f) Zwischenergebnis 41
4. Schutzverstärkungsklausel (Art. 193 AEUV) 41
a) Abschließende Regelung auf der Grundlage der Umweltkompetenz 42
b) Erlass verstärkter Schutzmaßnahmen 42
aa) Zielrichtung der Maßnahme 43
bb) Schutzverstärkende Wirkung 43
5. Ergebnis 44
II. Verstoß gegen die Treibhausgasemissionshandels-Richtlinie (RL 2003/87/EG) 44
1. Geteilte Zuständigkeit 44
2. Abschließende Regelung? 44
a) Öffnungsklausel 44
b) Gesamtbetrachtung der Regelung 45
aa) Systematische Auslegung 46
bb) Historische Auslegung 46
cc) Sinn und Zweck der Regelung 46
dd) Primärrechtskonforme Auslegung 48
(1) Förderung des Umweltschutzes 48
(2) Mitgliedstaatliche Souveränität 48
c) Zwischenergebnis 48
3. Schutzverstärkungsklausel (Art. 193 AEUV) 49
a) Abschließende Regelung auf der Grundlage der Umweltkompetenz 49
b) Schutzverstärkungsmaßnahme 49
aa) Zielrichtung der Maßnahme 49
bb) Schutzverstärkende Wirkung 49

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

4. Ergebnis 50
III. Zusammenfassende Bewertung 50

Fall 2: Umweltverfassungsrecht (Kelly) 52

A. Zulässigkeit 56
I. Beschwerdefähigkeit, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG i.V.m. §§ 13 Nr. 8a, 90 Abs. 1 BVerfGG 56
II. Prozessfähigkeit, vgl. §§ 51 ff. ZPO, § 62 VwGO 57
III. Beschwerdegegegenstand, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, § 90 Abs. 1 BVerfGG 57
IV. Beschwerdebefugnis, Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG, § 90 Abs. 1 BVerfGG 58
1. Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung 58
2. Eigene, gegenwärtige und unmittelbare Beschwer 62
V. Rechtsschutzbedürfnis 63
1. Erschöpfung des Rechtswegs, § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG i.V.m. Art. 94 Abs. 2 S. 2 GG 63
2. Subsidiarität, § 90 S. 2 S. 1 BVerfGG 63
VI. Form und Frist, §§ 23 Abs. 1, 92, 93 Abs. 3 BVerfGG 63
VII. Zwischenergebnis 64

B. Begründetheit 64
I. Grundrechtskonkurrenzen 64
II. Schutzbereich der Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG 66
1. Persönlicher Schutzbereich 66
2. Sachlicher Schutzbereich 66
III. Eingriff in die Berufsfreiheit 68
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung 69
1. Gesetzesvorbehalt, Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG 69
2. Formelle Verfassungsmäßigkeit 70
3. Materielle Verfassungsmäßigkeit 70
a) Bestimmtheitsgebot 70
b) Übermaßverbot: Verhältnismäßigkeit und Drei-Stufen-Lehre 71
aa) Legitimer Zeck 71
bb) Geeignetheit 72
cc) Erforderlichkeit 72
dd) Angemessenheit 74
(1) Maßstäbe der Drei-Stufen-Lehre 74
(2) Rechtsgüterabwägung – Zumutbarkeit 75
c) Zwischenergebnis: Materielle Verfassungsmäßigkeit des KlScKG 78
V. Zwischenergebnis 78

C. Gesamtergebnis: Erfolgsaussichten des Antrags 79

Fall 3: Umweltinformationsrecht (Zeccola) 81

A. Zulässigkeit 82
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs 82
II. Statthafte Klageart, § 88 VwGO 83
1. Verpflichtungsklage, § 42 Abs. 1 2. Alt. VwGO 83
a) Behörde, § 1 Abs. 4 VwVfG 83

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

b) Zwischenergebnis: 83
2. Leistungsklage, § 43 Abs. 2 S. 1 i.V.m. § 111 S. 1 VwGO 83
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO analog 84
IV. Ordnungsgemäß durchgeführtes Vorverfahren, §§ 68 ff. VwGO 86
V. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 86
1. Beteiligtenfähigkeit, § 61 VwGO 86
2. Prozessfähigkeit, § 62 VwGO 87
VI. Sonstige Sachentscheidungsvoraussetzungen 87
1. Zuständiges Gericht, § 45 VwGO i.V.m. § 6 Abs. 1 UIG, § 52 VwGO 87
2. Klagegegner 87
3. Rechtsschutzbedürfnis 87
4. Klagefrist 88
5. Zwischenergebnis 88

B. Begründetheit 88
I. Anspruchsgrundlage, § 3 Abs. 1 S. 1 UIG 88
II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen 88
1. Antrag (§ 4 Abs. 1 UIG) 88
a) Antrag per E-Mail 89
b) Hinreichende Bestimmtheit des Antrages 89
2. Zwischenergebnis: 89
III. Materielle Anspruchsvoraussetzungen 89
1. Anspruchsgegenstand 90
a) Anwendungsbereich des UIG 90
aa) Private Stelle unterliegt der Kontrolle oder Aufsicht des Bundes 90
bb) UIG oder landesrechtliche Regelungen? 91
b) Umweltinformationen 91
aa) Begriff der Umweltinformationen 91
(1) Flora und Fauna 92
(2) Produktionsabläufe, insb. Chemikalien 92
bb) Hilfsweise: Schwerpunkt des Informationsverlangens 92
c) Zwischenergebnis 93
2. Anspruchsberechtigung, § 3 Abs. 1 UIG 93
a) Nichtrechtsfähige Personenvereinigungen 93
b) Betroffenheit? 94
3. Anspruchsgegner, § 2 Abs. 1 Nr. 2 UIG 94
a) Umweltbezogene Aufgaben der öffentlichen Verwaltung 94
aa) Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben bzw. Erbringung öffentlicher Dienstleistungen 94
bb) Umweltzusammenhang, § 2 Abs. 3 UIG 95
b) Verfügen, § 2 Abs. 4 UIG 95
c) Zwischenergebnis 95
4. Ausschlussgründe 95
a) Schutz öffentlicher Belange, § 8 Abs. 1 Nr. 1 UIG 96
b) Schutz sonstiger Belange, § 9 Abs. 1 Nr. 3 UIG 96
aa) Grundsätzliche Anwendbarkeit des § 9 Abs. 1 Nr. 3 UIG 97
bb) Emissionen, § 9 Abs. 1 S. 2 UIG 97
cc) Produktionsabläufe, insb. Chemikalien 98
5. Zwischenergebnis 98

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

IV. Rechtsfolge 98
C. Ergebnis 99

Fall 4: Immissionsschutzrecht (Schmidt) 100

A. Zulässigkeit 101
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 101
II. Statthafte Klageart, § 88 VwGO 102
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO 102
1. Adressatentheorie 102
2. Schutznormtheorie 102
a) Drittschützende Norm 102
b) Immissionsschutzrechtlicher Nachbarbegriff 103
3. Ergebnis 104
IV. Ordnungsgemäß durchgeführtes Vorverfahren, §§ 68 ff. VwGO 104
V. Richtiger Beklagter, § 78 Abs. 1 VwGO 104
VI. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 105
VII. Sonstige Sachentscheidungsvoraussetzungen 105
VII. Ergebnis 105
B. Notwendige Beiladung, § 65 Abs. 2 VwGO 105
C. Begründetheit 105
I. Rechtswidrigkeit der Genehmigung 105
1. Ermächtigungsgrundlage 106
a) Anlage i.S.d. § 3 Abs. 5 BImSchG 106
b) Genehmigungsbedürftigkeit, § 4 Abs. 1 S. 3 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 1 S. 1 der 4. BImSchV i.V.m. Anhang 1 zur 4. BImSchV 106
2. Formelle Rechtmäßigkeit 107
a) Zuständigkeit 107
b) Verfahren 108
aa) Antrag, § 10 Abs. 1 BImSchG i.V.m. §§ 2 ff. der 9. BImSchV 109
bb) Öffentlichkeitsbeteiligung 109
(1) Öffentliche Bekanntmachung, § 10 Abs. 3 S. 1, Abs. 4 BImSchG i.V.m. §§ 8, 9 der 9. BImSchV 109
(2) Auslegung von Antrag und Unterlagen zur Einsichtnahme, § 10 Abs. 3 S. 2 BImSchG i.V.m. § 10 der 9. BImSchV 110
(3) Einwendungen, § 10 Abs. 3 S. 4 BImSchG i.V.m. § 12 der 9. BImSchV 111
cc) Behördenbeteiligung, § 10 Abs. 5 S. 1 BImSchG i.V.m. § 11 der 9. BImSchV 112
dd) Durchführung einer UVP 112
ee) Erörterungstermin, § 10 Abs. 6 BImSchG i.V.m. §§ 12 Abs. 1 S. 3, 14 ff. der 9. BImSchV 112
ff) Behördenentscheidung, § 10 Abs. 6a BImSchG 113
gg) Ergebnis 113
c) Form 113
d) Ergebnis 113

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

3. Materielle Rechtmäßigkeit 113
a) § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG 113
aa) Schädliche Umwelteinwirkungen 114
(1) Immissionen 114
(2) Schädlichkeit der Immissionen 114
bb) Interessenabwägung 116
cc) Ergebnis 116
b) § 6 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG 117
c) Standortalternativenprüfung 118
d) Ergebnis 118
4. Ergebnis 118
II. Subjektive Rechtsverletzung 118
1. Entgegenstehende materielle Präklusion 119
2. Heilung nach § 7 Abs. 5 S. 1 UmwRG 120
3. Ergebnis 120
III. Ergebnis 120

D. Endergebnis 120

Abwandlung 121

A. Zulässigkeit 122
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 122
II. Statthafte Klageart, § 88 VwGO 122
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO 122
IV. Endergebnis 124

B. Endergebnis 124

A. Zulässigkeit 124
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 125
II. Statthafte Klageart, § 88 VwGO 125
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO 125
1. § 42 Abs. 2 Hs. 2 VwGO 125
2. § 42 Abs. 2 Hs. 1 VwGO i.V.m. § 2 Abs. 1 UmwRG 125
a) Tauglicher Prüfungsgegenstand nach § 1 UmwRG 125
aa) § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UmwRG 125
bb) Unterlassen einer Entscheidung nach § 1 Abs. 1 S. 1 UmwRG nach § 1 Abs. 1 S. 2 UmwRG 127
cc) § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 UmwRG 128
b) Anerkannte Vereinigung nach § 3 UmwRG 130
c) Weitere Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 UmwRG 130
aa) Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 S. 1 UmwRG 130
bb) Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 S. 2 UmwRG 130
cc) Ergebnis 130
d) Ergebnis 131
IV. Ordnungsgemäß durchgeführtes Vorverfahren, §§ 68 ff. VwGO 131
V. Richtiger Beklagter, § 78 Abs. 1 VwGO 131
VI. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 131
VII. Sonstige Sachentscheidungsvoraussetzungen 131
VIII. Ergebnis 131

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

B. Endergebnis 131

Fall 5: Naturschutzrecht (Schmidt) 133

A. Zulässigkeit 134
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 134
II. Statthafte Klageart, § 88 VwGO 134
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO 135
1. § 42 Abs. 2 Hs. 2 VwGO 135
a) Adressatentheorie 135
b) Schutznormtheorie 135
2. § 42 Abs. 2 Hs. 1 VwGO i.V.m. § 2 Abs. 1 UmwRG 135
a) Tauglicher Prüfungsgegenstand nach § 1 UmwRG 137
aa) § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 UmwRG 137
bb) § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UmwRG 137
cc) § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 UmwRG 137
dd) Ergebnis 138
b) Anerkannte Vereinigung nach § 3 UmwRG 138
c) Weitere Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 UmwRG 140
aa) Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 S. 1 UmwRG 140
bb) Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 S. 2 UmwRG 141
cc) Ergebnis 141
d) Ergebnis 141
IV. Ordnungsgemäß durchgeführtes Vorverfahren, §§ 68 ff. VwGO 142
V. Richtiger Beklagter, § 78 Abs. 1 VwGO 142
VI. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 142
VII. Sonstige Sachentscheidungsvoraussetzungen 142
VIII. Ergebnis 142

B. Notwendige Beiladung, § 65 Abs. 2 VwGO 143

C. Begründetheit 143
I. Verstoß gegen umweltbezogene Rechtsvorschrift, die für die Entscheidung von Bedeutung ist 143
1. Verstoß gegen die umweltbezogene Rechtsvorschrift des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG 143
a) Entfall der artenschutzrechtlichen Prüfung nach § 6 Abs. 1 WindBG 144
b) Tatbestandsvoraussetzungen des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG 145
c) Privilegierung des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG 147
aa) Eröffnung des Anwendungsbereichs des § 44 Abs. 5 BNatSchG 147
bb) Unionsrechtlich streng geschützte und sog. Verantwortungsarten 147
cc) Maßgaben des § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BNatSchG 148
(1) Signifikant erhöhtes Tötungsrisiko 148
(2) Fachlich anerkannte und gebotene Schutzmaßnahmen 149
(3) Behördlicher Beurteilungsrahmen 149
(a) Ermittlung der erforderlichen Erkenntnisgrundlage 151
(aa) Stichprobenuntersuchung 152
(bb) Untersuchungstiefe 152
(cc) Untersuchungsgebiet 152

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

(b) Ergebnis 153
(4) Ergebnis 153
cc) Ergebnis 153
d) Ausnahmen und Befreiungen nach §§ 45, 67 BNatSchG 153
c) Ergebnis 155
2. Entscheidungsrelevanz 155
II. Verstoß berührt von der Vereinigung nach ihrer Satzung geförderte Ziele 155
III. Heilungsvorschriften 155
1. Heilung von Verfahrensfehlern, § 4 UmwRG 156
2. Heilung von materiellen Fehlern, § 7 Abs. 5 S. 1 UmwRG 156
IV. Missbräuchliches oder unredliches Verhalten im Rechtsbehelfsverfahren, § 5 UmwRG 157
V. Ergebnis 158

D. Endergebnis 158

Fall 6: Gewässerschutzrecht (Zeccola) 162

A. Zulässigkeit 163
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 163
II. Statthafte Klageart, § 88 VwGO 164
1. Verwaltungsakt, § 35 S. 1 VwVfG 164
2. Drittanfechtung 165
3. Zwischenergebnis 165
III. Klagebefugnis 165
1. Adressatentheorie 165
2. Schutznormtheorie 166
a) Drittschutz von § 68 Abs. 3 Nr. 1 WHG 166
b) Drittschutz aus Verfahrensvorschriften 167
aa) Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung, § 25 Abs. 3 VwVfG 168
(1) Vorhaben nach § 25 Abs. 3 VwVfG 168
(2) Hinwirkungspflicht bei der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung 169
(3) Rechtsfolgen einer fehlerhaften frühen Öffentlichkeitsbeteiligung 169
bb) §§ 68 Abs. 1, 70 Abs. 1 WHG i.V.m. § 73 Abs. 6 VwVfG 169
cc) § 70 Abs. 2 WHG i.V.m. § 4 UmwRG i.V.m. §§ 4, 7 Abs. 1 S. 1 UVPG i.V.m. 13.6.2. der Anlage 1 zum UVPG 170
(1) Sachlicher Anwendungsbereich des UmwRG 170
(2) Persönlicher Anwendungsbereich des UmwRG 171
(3) Drittschutz aus UVP-Vorschriften 171
(4) Zwischenergebnis 172
c) § 71 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 3 WHG – enteignungsrechtliche Vorwirkung 172
IV. Ordnungsgemäßes Vorverfahren, §§ 68 ff. VwGO 172
V. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 173
VI. Sonstige Sachentscheidungsvoraussetzungen 173
VII. Zwischenergebnis 173

B. Notwendige Beiladung, § 65 VwGO 173

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

C. Begründetheit 173
I. Planfeststellungspflichtigkeit 173
1. Anwendungsbereich des WHG 174
2. Gewässerausbau, § 67 Abs. 2 WHG 174
II. Formelle Planfeststellung 175
1. Zuständigkeit/Form 175
2. Verfahren 175
a) Antrag, § 70 Abs. 1 WHG i.V.m. § 73 Abs. 1 S. 1 VwVfG 175
b) Umweltverträglichkeitsprüfung 175
c) Behördenbeteiligung 176
d) Verfahren, insb. Öffentlichkeitsbeteiligung 176
aa) Anhörungsverfahren, § 18 Abs. 1 S. 4 UVPG i.V.m. §§ 68 Abs. 3, 70 Abs. 1 und 2 WHG, § 73 VwVfG 176
bb) Beachtlichkeit des Fehlers 177
(1) Absolute Verfahrensfehler aus § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UmwRG – unterbliebene Öffentlichkeitsbeteiligung 177
(2) Absolute Verfahrensfehler aus § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 UmwRG – unterbliebene Öffentlichkeitsbeteiligung 178
(3) Relativer Verfahrensfehler – fehlerhafte Öffentlichkeitsbeteiligung 178
cc) Zwischenergebnis 178
3. Zwischenergebnis 179
III. Materielle Voraussetzungen nach § 68 Abs. 3 WHG 179
1. Planrechtfertigung 180
2. Keine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit 180
3. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften 181
4. Planungsrechtliches Abwägungsgebot 181
5. Zwischenergebnis 182

D. Ergebnis 182

Fall 7: Kreislaufwirtschaftsrecht (Schmidt) 183

A. Zulässigkeit 184
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 184
II. Statthaftigkeit des Antrags, §§ 122 Abs. 1, 88 VwGO 185
1. Abgrenzung zu § 123 Abs. 1 VwGO, § 123 Abs. 5 VwGO 185
2. Rechtsbehelf ohne aufschiebende Wirkung, § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 – 4 VwGO 186
III. Antragsbefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO analog 186
IV. Rechtsschutzbedürfnis 186
1. Vorheriger Antrag bei der Behörde 186
2. Vorherige Rechtsbehelfseinlegung in der Hauptsache 187
3. Rechtsbehelf nicht offensichtlich unzulässig 187
V. Richtiger Antragsgegner, § 78 Abs. 1 VwGO analog 187
VI. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 188
VII. Ordnungsgemäße Antragstellung, §§ 81 f. VwGO analog 188
VIII. Zuständiges Gericht, § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO 188
IX. Ergebnis 188

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

B. Objektive Antragshäufung, § 44 VwGO analog 188

C. Begründetheit 189
I. Nr. 1 der Verfügung: Verpflichtung zur Beseitigung des Löschwassers 189
1. Formelle Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung 189
a) Zuständigkeit 190
b) Verfahren 190
c) Begründungserfordernis, § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO 190
d) Ergebnis 191
2. Interessenabwägung 191
a) Zulässigkeit 191
b) Begründetheit 191
aa) Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes 191
(1) Ermächtigungsgrundlage 191
(2) Formelle Rechtmäßigkeit 191
(a) Zuständigkeit 191
(b) Verfahren 192
(c) Form 192
(d) Ergebnis 192
(3) Materielle Rechtmäßigkeit 192
(a) Tatbestandsvoraussetzungen 192
(aa) Abfall i.S.d. § 3 Abs. 1 S. 1 KrWG 192
(bb) Richtiger Adressat 193
α) K als Abfallbesitzerin 194
β) K als Abfallerzeugerin 195
(cc) Verletzung einer abfallrechtlichen Pflicht 198
(dd) Ergebnis 198
(b) Rechtsfolge: Ermessen 198
(aa) Entschließungsermessen 199
(bb) Auswahlermessen 199
α) Mittelauswahl 199
β) Störerauswahl 199
(cc) Ergebnis 200
(c) Ergebnis 200
(4) Ergebnis 200
bb) Ergebnis 200
c) Ergebnis 200
3. Ergebnis 200
II. Nr. 3 der Verfügung: Androhung der Ersatzvornahme 201
1. Ermächtigungsgrundlage 201
2. Formelle Rechtmäßigkeit 201
a) Zuständigkeit 201
b) Verfahren 201
c) Form 201
d) Ergebnis 202
3. Materielle Rechtmäßigkeit 202
a) Wirksame, inhaltlich vollstreckungsfähige Grundverfügung 202
b) Vollstreckbare Grundverfügung 203

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

c) Weitere Anforderungen an die Androhung 203
aa) Bestimmtes und richtiges Zwangsmittel 203
bb) Fristsetzung 204
cc) Benennung der voraussichtlichen Kosten der Ersatzvornahme 204
dd) Ergebnis 204
d) Richtiger Vollstreckungsschuldner 204
e) Ergebnis 204
4. Ergebnis 204

D. Endergebnis 204

Fall 8: Bodenschutzrecht (Winkler) 207

A. Zulässigkeit 208
I. Eröffnung des Verwaltungsgerichtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 208
II. Statthafte Klageart 209
III. Klagebefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO 209
IV. Ordnungsgemäß durchgeführtes Vorverfahren, §§ 68 ff. VwGO 209
V. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 209
VI. Klagefrist, § 74 Abs. 1 VwGO 209
VII. Zuständiges Gericht 210
VIII. Zwischenergebnis 210

B. Begründetheit 210
I. Ermächtigungsgrundlage 210
II. Formelle Rechtmäßigkeit des Kostenbescheids 211
1. Zuständigkeit 211
2. Verfahren 211
a) Anhörung 211
b) Begründung 211
III. Materielle Rechtmäßigkeit des Kostenbescheids 212
1. Tatbestand: Maßnahmen i.S.d. § 24 Abs. 1 S. 1 BBodSchG 212
a) Teilsanierung des Bodenbereichs: Rechtmäßig „angeordnete Maßnahme“ nach § 10 Abs. 1 S. 1 BBodSchG? 212
aa) Tatbestand des § 10 Abs. 1 S. 1 BBodSchG 212
(1) Schädliche Bodenveränderung oder Altlast 213
(2) Sanierungspflicht 214
(3) Richtiger Adressat der Sanierungsverfügung 214
(4) Ermessen hinsichtlich der Sanierungsverfügung 218
(a) Entschließungs- und Auswahlermessen 218
(b) Insb. Störerauswahl 218
(c) Insb. Verhältnismäßigkeit 219
bb) „Anordnung“ einer Maßnahme (= Grundverfügung) 220
cc) Rechtmäßige Ersatzvornahme der Behörde 221
dd) Zwischenergebnis 221
b) Probebohrungen und Laboranalyse: Rechtmäßig „angeordnete Maßnahme“ nach § 9 Abs. 1 BBodSchG? 221
2. Rechtsfolge: Ermessen hinsichtlich des Kostenbescheids 222
a) Entschließungsermessen 222
b) Auswahlermessen 223

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

IV. Ergebnis 224

Fall 9: Umweltenergierecht (Kelly) 225

A. Zulässigkeit 230
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 Abs. 1 S. 1 VwGO 230
II. Statthafte Antragsart, §§ 122 Abs. 1, 88 VwGO 231
1. Vorläufiger Rechtsschutz zur Wiederherstellung oder Anordnung der aufschiebenden Wirkung, §§ 123, 80 Abs. 5 und 80a Abs. 3 VwGO 231
2. Statthaftigkeit eines Rechtsbehelfs in der Hauptsache 232
a) Bestimmung des Hauptsacheverfahrens 232
b) Vorläufig, vorbeugender Rechtsschutz statthaft? 232
aa) Grundsätzliche Unzulässigkeit 233
bb) Ausnahmsweise zulässig in atypischen, begründeten Fallkonstellationen 234
III. Antragsbefugnis, § 42 Abs. 2 VwGO analog 234
1. Antragsbefugnis über mögliche Verletzung in subjektiv-öffentlichen Rechten?, § 42 Abs. 2 2. Hs VwGO analog 234
a) Verletzung in eigenen subjektiv-öffentlichen Rechten? 234
b) Subjektiv-öffentliches Recht aus verletzter Schutznorm? 235
2. Antragsbefugnis ohne Verletzung subjektiv-öffentlicher Rechte über die Umweltverbandsklage, § 42 Abs. 2 1. Hs. VwGO analog i.V.m. § 2 Abs. 1 UmwRG 236
a) Tauglicher Prüfungsgegenstand nach § 1 Abs. 1 Nr. 1a UmwRG 236
b) Anerkannte Vereinigung nach § 3 UmwRG 238
c) Weitere Voraussetzungen nach § 2 Abs. 1 UmwRG 239
IV. Qualifiziertes Rechtsschutzbedürfnis 240
1. Erforderlichkeit eines qualifizierten Rechtsschutzbedürfnisses des WNE im vorläufig, vorbeugenden Rechtsschutzverfahren 241
2. Keine vorherige Erhebung der Klage im Hauptsacheverfahren erforderlich, § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO 242
V. Richtiger Antragsgegner, § 78 Abs. 1 VwGO analog 242
VI. Beteiligten- und Prozessfähigkeit, §§ 61, 62 VwGO 242
VII. Ordnungsgemäßer Antrag, § 123 Abs. 3 VwGO i.V.m. § 920 Abs. 1, 3 ZPO, § 82 VwGO 243
VIII. Zuständiges Gericht, § 123 Abs. 1 i.V.m. § 6 S. 1 Nr. 1 BBPlG, § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO 243
IX. Ergebnis der Zulässigkeit 243

B. Notwendige Beiladung, § 65 Abs. 2 VwGO 243

C. Begründetheit 244
I. Anordnungsanspruch 245
1. Verstoß gegen eine Rechtsvorschrift, die für die Entscheidung von Bedeutung ist, § 2 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 UmwRG 245
a) Für die Entscheidung bedeutender Verstoß gegen UVP-Pflicht nach § 6 S. 1 UVPG i.V.m. Nr. 17.2.1 der Anlage 1 zum UVPG 245
b) Für die Entscheidung bedeutender Verstoß gegen die Genehmigungsvoraussetzungen der Waldrodung in § 9 BWaldG i.V.m. § 9 LWaldG BW 248

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

c) Für die Entscheidung bedeutender Verstoß gegen zwingende Tatbestandsvoraussetzungen des § 44c EnWG 249
d) Zwischenergebnis: entscheidungsrelevante Rechtsverstöße 250
2. Verstoß berührt Belange, die zu den satzungsmäßig festgelegten Förderzielen der Vereinigung gehören 251
3. Pflicht zur Durchführung einer UVP i.S.v. § 1 Nr. 1 UVPG 251
4. Zwischenergebnis: Anordnungsanspruch glaubhaft gemacht 251
II. Anordnungsgrund 252
III. Keine Vorwegnahme der Hauptsache, § 123 Abs. 1 S. 2, Abs. 3 VwGO i.V.m. § 938 Abs. 1 ZPO 252
V. Ergebnis der Begründetheit 253
D. Gesamtergebnis: Erfolgsaussichten des Antrags 254

Stichwortverzeichnis 257

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Fall 1: Umwelteuroparecht

Sachverhalt

Der zunehmende Anstieg der CO_2-Konzentration in der Atmosphäre, spürbare Temperaturveränderungen sowie die prognostizierten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen auf der Erde machen politisches Handeln zur Abfederung der Klimakrise unabdingbar. Die Weltgemeinschaft hat sich daher im – am 4.11.2016 in Kraft getretenen – Pariser Abkommen verpflichtet, gemeinsam die Erderwärmung auf unter zwei Grad, idealerweise auf 1,5 Grad zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle 195 unterzeichnenden Staaten übereingekommen, Maßnahmen einzuleiten, um ihre Treibhausgasemissionen entsprechend zu senken. Das Übereinkommen von Paris wurde mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen von Paris vom 12.12.2015 (BGBl. II 2016, S. 1082) von Deutschland ratifiziert. 1

Zur Erreichung dieses Ziels hat Deutschland in seinem nationalen Klimaschutzplan 2050 eine Treibhausgasreduktion bis 2030 um 55 %, bis 2040 um 70% sowie weitgehende Treibhausgasneutralität bis 2050 vorgesehen. Im – vom Bundeskabinett am 3.12.2014 beschlossenen – Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 werden die konkreten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele formuliert. Aufgrund des starken zivilgesellschaftlichen Drucks wurde zudem Ende 2019 ein Klimaschutzgesetz erlassen, welches in § 3 Abs. 1 die schrittweise Minderung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahre 1990 vorsieht. Nach jetziger Rechtslage ist danach bis zum Jahre 2030 eine Minderungsquote von mind. 65 % und bis zum Jahr 2040 eine Minderungsquote von mind. 88 % zu erreichen. Durch das Klimaschutzgesetz wurden zunächst die durch den Kabinettsbeschluss festgelegten nationalen Ziele gesetzlich normiert und diese später an die Vorgaben des Klimabeschlusses des BVerfG durch Gesetz vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 3905) angepasst. Ausweislich der Gesetzesbegründung sind diese Ziele verbindlich für den Bund (BT-Drs. 19/14337, S. 26).

Die Reduktion der Treibhausgasemissionen soll u.a. mithilfe des Ausstiegs aus der Kohleenergie bis zum Jahre 2038 gemäß § 2 Abs. 2 KVBG erfolgen. Der beschlossene Kohleausstieg erfolgt stufenweise, indem die stromproduzierenden Kohlekraftwerke entsprechend den Vorgaben in Anlage 2 des KVBG in regelmäßigen Abständen abgeschaltet werden.

Nach einem – im Auftrag des Umweltministeriums – durchgeführten Gutachten des Ökoinstituts wird jedoch unter Berücksichtigung aller Maßnahmen nur eine Reduktion des CO_2-Ausstoßes um 51 % gegenüber dem Wert von 1990 erreicht. Die Bundesregierung beschließt daher einen Mehr-Punkte-Plan, mit dessen Hilfe eine weitere CO_2-Reduktion unterstützt werden soll. Zentral soll eine Regelung sein, wonach für die bis maximal 2038 weiterlaufenden Kohlekraftwerke ein jahresbezogener CO_2-Grenzwert gilt. Dies bedeutet, dass die Kohlekraftwerke auch während der garantierten Laufzeit pro Jahr nur eine bestimmte Betriebsdauer abrufen können. Insb. für ältere, CO_2-intensive Anlagen bedeutet dies eine deutliche Einschränkung der Gesamtjahresleistung. Dies entspricht den Empfehlungen der Kohlekommission, den Pfad des Kohleausstiegs auch in den Zwischenjahren so auszugestalten, dass die Reduktion der Treibhausgasemissionen insgesamt möglichst stetig erfolgt. Dies sei nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll, sondern vermeide auch unerwünschte Brüche innerhalb des Energiesektors und der Regionen.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Das Bundesumweltministerium schlägt daher vor, die ordnungsrechtliche Regelung des § 5 BImSchG (im Anhang abgedruckt) durch einen Abs. 2a zu ergänzen:

> *„Abweichend von Abs. 2 gelten für die in Nr. 1.1. Anhang 1 der 4. BImSchV genannten Kraftwerke zur Erzeugung von Strom aus Braun- und Steinkohle unbeschadet der Anlage 2 des KVBG die in [einer fiktiven] Anlage 2 genannten Jahreshöchstmengen.“*

Als Einstiegswert wird pro Anlage ein CO_2-Budget angesetzt, welches der Emissionsmenge eines über das Jahr zu 85 % ausgelasteten Gaskraftwerks gleicher Leistung entspricht. Während der weiteren Laufzeit wird diese Menge im Monatsmittel linear abgesenkt.

Hierdurch soll der unionsweite Emissionszertifikatehandel unterstützt werden, der nicht den gewünschten Steuerungseffekt entfaltet. Dies lag zunächst an einer langsamen Preisentwicklung, welche die Grenze von 35,- €/t CO_2 nicht überschreiten konnte. Auch die Verringerung der vorhandenen Zertifikatemenge durch die Einführung der Marktstabilitätsreserve (Beschluss (EU) 2015/1814 (ABl. 2015 L 264/1)) und eine weitere Kürzung der Gesamtmenge gehandelter Zertifikate um 900 Mio. Zertifikate im Jahre 2014 (sog. „Blackloading“; VO (EU) Nr. 176/2014 (ABl. 2014 L 56/11)) konnten zumindest kurzfristig nichts an dieser Situation ändern. Zwar ist seit 2020 eine spürbare Preiserhöhung zu beobachten, die seit 2022 in Preisschwankungen zwischen 70,- und 100,- €/t CO_2 gipfelt. Um den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen, ist nach jüngsten Studien jedoch ein Preisminimum von 100,- €/t CO_2 mit fortschreitendem Preisanstieg auf 150,- €/t CO_2 bis 2030 erforderlich. Problematisch ist zudem die Volatilität des CO_2-Preises und die mangelnde Vorhersehbarkeit der Preisentwicklung – auch aufgrund der negativen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre und des steigenden Anteils regenerativer Energieerzeugung –, die Innovationen und Langzeitinvestments verhindert.

Der Gesetzesvorschlag stößt auf heftigen Widerstand. So hat der Bundesverband der Braunkohleindustrie ermittelt, dass die neue Regelung gerade für ältere Werke zu einer deutlichen Verkürzung der (an sich noch zulässigen) jährlichen Laufzeiten und damit auch zu erheblichen Gewinneinbußen führt. Der Verband äußert zudem Zweifel daran, dass die geplante Regelung unionsrechtskonform ist. Konkret zweifelt er an der Kompetenz des Bundesgesetzgebers: Schließlich habe der Unionsgesetzgeber mit der Treibhausgasemissionszertifikaterichtlinie 2003/87/EG (ETS-RL[1], im Anhang auszugsweise abgedruckt) eine abschließende Regelung erlassen, die abweichende nationale Regelungen untersage, insb. da die Kraftwerksbetreiber sich auf die Bereitstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Zertifikatemenge verlassen können müssen. Zudem schreibe – der in § 5 Abs. 2 BImSchG umgesetzte – Art. 9 Abs. 1 Industrieemissionen-Richtlinie (IE-RL[2]; im Anhang abgedruckt) ebenso wie die entsprechende Regelung der Vorgängervorschrift (sog. Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-RL)[3]) vor, dass die Genehmigung einer dem europäischen Treibhausgasemissionshandel unterfallenden Anlage grds. keine Emissionsgrenzwerte für Emissionen der dem Handelssystem unterliegenden Treibhausgase enthalten solle. Bei den beim Betrieb des Kohlekraftwerks entstehenden CO_2-Emissionen handele es sich aber gerade um Treibhausgase i.S. dieser Richtlinie.

1 Richtlinie 2018/410/EU vom 14.3.2018 (ABl. L 76/3).
2 Richtlinie 2010/75/EU vom 24.11.2010 (ABl. L 334/17).
3 Richtlinie 2008/1/EG vom 15.1.2008 (ABl. L 24/8).

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Die im Gesetzgebungsverfahren ebenfalls angehörte Umweltorganisation *Nature* verweist hingegen auf das Vorsorgeprinzip, das im Kontrast zur Regelung des Art. 9 Abs. 1 IE-RL stünde. Außerdem würden jüngere Richtlinienänderungen die Eigeninitiative der Mitgliedstaaten stützen. So sei namentlich auf Art. 12 Abs. 4 S. 2 ETS-RL hinzuweisen, wonach Mitgliedstaaten im Fall der Stilllegung von Stromerzeugungskapazitäten in ihrem Hoheitsgebiet Zertifikate löschen können. Hierdurch sinke die Gesamtmenge an Zertifikaten und zugleich werde der sog. Wasserbetteffekt abgemildert, wonach überobligatorische Einsparungen in einem Mitgliedstaat in anderen Mitgliedstaaten zu höheren Emissionen führen. Hierzu kommt es, wenn die Gesamtmenge an Zertifikaten trotz singulärer Einsparungen stabil bleibt und daher die gesamteuropäische Nachfrage und zugleich das Preisniveau der Zertifikate sinkt. Zumindest die Schutzverstärkungsklausel des Art. 193 AEUV würde einen nationalen Alleingang rechtfertigen.

Der Deutsche Bundestag erbittet von Ihnen ein Rechtsgutachten, inwieweit die geplanten Regelungen kompetenzrechtlich zulässig sind.

Bearbeiterhinweis: Andere als die im Sachverhalt erwähnten unionsrechtlichen Vorgaben sind nicht zu prüfen.

Anlage

Auszug aus dem Klimaschutzgesetz

§ 3 Nationale Klimaschutzziele

(1) Die Treibhausgasemissionen werden im Vergleich zum Jahr 1990 schrittweise wie folgt gemindert:

1. bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent,
2. bis zum Jahr 2040 um mindestens 88 Prozent.

(2) Bis zum Jahr 2045 werden die Treibhausgasemissionen soweit gemindert, dass Netto-Treibhausgasneutralität erreicht wird. Nach dem Jahr 2050 sollen negative Treibhausgasemissionen erreicht werden.

(3) Die Möglichkeit, die nationalen Klimaschutzziele teilweise im Rahmen von staatenübergreifenden Mechanismen zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu erreichen, bleibt unberührt.

(4) Sollten zur Erfüllung europäischer oder internationaler Klimaschutzziele höhere nationale Klimaschutzziele erforderlich werden, so leitet die Bundesregierung die zur Erhöhung der Zielwerte nach Absatz 1 notwendigen Schritte ein. Klimaschutzziele können erhöht, aber nicht abgesenkt werden.

Auszug aus der Treibhausgasemissionshandels-Richtlinie (RL 2003/87/EG; ABl. L 275/32 vom 25.10.2003)

Erwägungsgründe: (...)

(5) Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sind übereingekommen, ihre Verpflichtungen zur Verringerung der anthropogenen Treibhausgasemissionen im Rahmen des Kyoto-Protokolls gemäß der Entscheidung 2002/358/EG gemeinsam zu erfüllen. Diese Richtlinie soll dazu beitragen, dass die Verpflichtungen der Europäischen Gemein-

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

schaft und ihrer Mitgliedstaaten durch einen effizienten europäischen Markt für Treibhausgasemissionszertifikate effektiver und unter möglichst geringer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigungslage erfüllt werden. (…)

(7) Gemeinschaftsvorschriften für die Zuteilung der Zertifikate durch die Mitgliedstaaten sind notwendig, um die Integrität des Binnenmarktes zu erhalten und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. (…)

(21) Mit der Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24.9.1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (3) wurde eine allgemeine Regelung zur Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung eingeführt, in deren Rahmen auch Genehmigungen für Treibhausgasemissionen erteilt werden können. Die Richtlinie 96/61/EG sollte dahin gehend geändert werden, dass — unbeschadet der sonstigen in jener Richtlinie geregelten Anforderungen — keine Emissionsgrenzwerte für direkte Emissionen von Treibhausgasen aus Anlagen, die unter die vorliegende Richtlinie fallen, vorgeschrieben werden und dass es den Mitgliedstaaten freisteht, keine Energieeffizienzanforderungen in Bezug auf Verbrennungseinheiten oder andere Einheiten am Standort, die Kohlendioxid ausstoßen, festzulegen.

(22) Diese Richtlinie ist mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und dem Kyoto-Protokoll vereinbar. Sie sollte anhand der diesbezüglichen Entwicklungen sowie zur Berücksichtigung der Erfahrungen mit ihrer Durchführung und der bei der Überwachung der Treibhausgasemissionen erzielten Fortschritte überprüft werden.

(23) Der Emissionszertifikatehandel sollte Teil eines umfassenden und kohärenten Politik- und Maßnahmenpakets sein, das auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft durchgeführt wird. Unbeschadet der Anwendung der Artikel 87 und 88 des Vertrags können die Mitgliedstaaten bei Tätigkeiten, die unter das Gemeinschaftssystem fallen, die Auswirkungen von ordnungs- und steuerpolitischen sowie sonstigen Maßnahmen prüfen, die auf die gleichen Ziele gerichtet sind. Bei der Überprüfung der Richtlinie sollte berücksichtigt werden, in welchem Umfang diese Ziele erreicht wurden.

Art. 1 (Gegenstand)

Mit dieser Richtlinie wird ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (nachstehend „Gemeinschaftssystem" genannt) geschaffen, um auf kosteneffiziente und wirtschaftlich effiziente Weise auf eine Verringerung von Treibhausgasemissionen hinzuwirken.

Art. 2 (Geltungsbereich)

(1) Diese Richtlinie gilt für die Emissionen aus den in Anhang I[4] aufgeführten Tätigkeiten und die Emissionen der in Anhang II aufgeführten Treibhausgase.

(2) Diese Richtlinie gilt unbeschadet der Anforderungen gemäß Richtlinie 96/61/EG.

4 Hierunter fällt die Verbrennung von Brennstoffen in Anlagen mit einer Gesamtfeuerungswärmeleistung von über 20 MW. Dem Zertifikatehandel unterfallen die hier entstehenden Treibhausgase.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

(…)

Art. 9 (Unionsweite Menge der vergebenen Zertifikate)

(1) [1]Die unionsweite Menge der Zertifikate, die ab 2013 jährlich vergeben werden, wird ab der Mitte des Zeitraums von 2008 bis 2012 linear verringert. [2]Die Menge wird um einen linearen Faktor von 1,74 %, verglichen mit der durchschnittlichen jährlichen Gesamtmenge der Zertifikate, die von den Mitgliedstaaten nach Maßgabe der Entscheidungen der Kommission über die nationalen Zuteilungspläne für den Zeitraum von 2008 bis 2012 zugeteilt wurden, verringert. [3]…

(2) Ab 2021 gilt ein linearer Faktor von 2,2 %.

(…)

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Art. 12 (Übertragung, Abgabe und Löschung von Zertifikaten)

(4) [1]Die Mitgliedstaaten stellen durch die notwendigen Maßnahmen sicher, dass Zertifikate jederzeit gelöscht werden, wenn der Inhaber dies beantragt. [2]Im Fall der Stilllegung von Stromerzeugungskapazitäten in ihrem Hoheitsgebiet aufgrund zusätzlicher nationaler Maßnahmen können die Mitgliedstaaten Zertifikate aus der Gesamtmenge der Zertifikate, die von ihnen gemäß Artikel 10 Absatz 2 zu versteigern sind, maximal in Höhe der Durchschnittsmenge der geprüften Emissionen der betreffenden Anlage während eines Zeitraums von fünf Jahren vor der Stilllegung löschen. [3]Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die Kommission über eine derartige beabsichtige Löschung gemäß den nach Artikel 10 Absatz 4 erlassenen delegierten Rechtsakten.

(…)

Art. 24 (Einseitige Einbeziehung zusätzlicher Tätigkeiten und Gase)

(1) Ab 2008 können die Mitgliedstaaten den Handel mit Emissionszertifikaten gemäß dieser Richtlinie auf nicht in Anhang I genannte Tätigkeiten und Treibhausgase ausweiten, soweit alle einschlägigen Kriterien insb. die Auswirkungen auf den Binnenmarkt, mögliche Wettbewerbsverzerrungen, die Umweltwirksamkeit des EU-EHS und die Zuverlässigkeit des vorgesehenen Überwachungs- und Berichterstattungsverfahrens, berücksichtigt werden und sofern die Einbeziehung solcher Tätigkeiten und Treibhausgase von der Kommission gemäß delegierten Rechtsakten gebilligt wird, für deren Erlass der Kommission gemäß Artikel 23 die Befugnis übertragen wird.

Auszug aus der Richtlinie über Industrieemissionen (IE-RL 2010/75/EU, ABl. L 334/17 vom 17.12.2010)

Erwägungsgründe: …

(9) Um Doppelregelungen zu vermeiden, sollte die Genehmigung einer unter die Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.10.2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft fallenden Anlage keine Emissionsgrenzwerte für direkte Emissionen von Treibhausgasen gemäß Anhang I der genannten Richtlinie enthalten, es sei denn, dies ist erforderlich, um sicherzustellen, dass keine erhebliche lokale Umweltverschmutzung verursacht wird, oder wenn eine Anlage aus dem genannten System ausgeschlossen wurde.

(10) Im Einklang mit Artikel 193 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hindert diese Richtlinie die Mitgliedstaaten nicht daran, verstärkte Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen, zum Beispiel Vorschriften für die Treibhausgasemission, sofern solche Maßnahmen mit den Verträgen vereinbar sind und der Kommission notifiziert wurden.

Art. 9

(1) Sind Treibhausgasemissionen einer Anlage in Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG in Zusammenhang mit einer in dieser Anlage durchgeführten Tätigkeit aufgeführt, so enthält die Genehmigung keine Emissionsgrenzwerte für direkte Emissionen dieses Gases, es sei denn, dies ist erforderlich, um sicherzustellen, dass keine erhebliche lokale Umweltverschmutzung verursacht wird.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

(2) Den Mitgliedstaaten steht es frei, für die in Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG aufgeführten Tätigkeiten keine Energieeffizienzanforderungen in Bezug auf Verbrennungseinheiten oder andere Einheiten am Standort, die Kohlendioxid ausstoßen, festzulegen.

(3) Falls erforderlich, wird die Genehmigung durch die zuständigen Behörden entsprechend geändert.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Anlagen, die gemäß Artikel 27 der Richtlinie 2003/87/EG vorübergehend aus dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union ausgeschlossen sind.

Art. 14 (Genehmigungsauflagen)

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Genehmigung alle Maßnahmen umfasst, die zur Erfüllung der in den Artikeln 11 und 18 genannten Genehmigungsvoraussetzungen notwendig sind.

Diese Maßnahmen umfassen mindestens Folgendes:

a) Emissionsgrenzwerte für die Schadstoffe der Liste in Anhang II, und für sonstige Schadstoffe, die von der betreffenden Anlage unter Berücksichtigung der Art der Schadstoffe und der Gefahr einer Verlagerung der Verschmutzung von einem Medium auf ein anderes in relevanter Menge emittiert werden können; (…)

Lösung:

▶ Diese Aufgabenstellung weicht von der klassischen Falllösung ab: Die Aufgabe besteht in der Erstellung eines Rechtsgutachtens, in welchem die Kompetenzmäßigkeit der beschriebenen Maßnahmen zu erörtern ist. Konkret geht es um die Frage der Abgrenzung der Kompetenzen von EU und Deutschem Bundestag. ◀

Die Gesetzgebungsorgane der Bundesrepublik Deutschland verfügen über eine grundsätzliche Allzuständigkeit, Gesetze zu erlassen. *Im Innenverhältnis wird die Verteilung auf die Bundes- und Landesebene durch die Art. 70 ff. GG vorgenommen.* Beschränkt wird diese Allzuständigkeit (im Außenverhältnis) durch die verfassungsrechtlich vorgesehene Übertragung von Kompetenzen auf die Europäische Union (EU) (vgl. Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG). Diese erfolgt durch die Regelung der Europäischen (und nationalen) Kompetenzen in Art. 4 f. EUV, Art. 2 ff. AEUV. Für die Abgrenzung der Unionszuständigkeiten gilt der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 Abs. 1 S. 1 EUV). Danach wird die EU nur innerhalb der Grenzen der Zuständigkeit tätig, die die Mitgliedstaaten ihr in den Verträgen zur Verwirklichung der darin niedergelegten Ziele übertragen haben (Art. 5 Abs. 1 S. 2 EUV). Alle der EU nicht übertragenen Zuständigkeiten verbleiben bei den Mitgliedstaaten (Art. 5 Abs. 1 S. 2 EUV). Die verbleibenden nationalen Zuständigkeiten ergeben sich daher im Einzelfall aus der abstrakten Zuständigkeitsverteilung sowie der konkreten Inanspruchnahme zugewiesener Kompetenzen durch die EU. 1

A. Ausschließliche Zuständigkeiten

Zunächst dürfte die Regelung nicht im Bereich der ausschließlichen Zuständigkeit der Union liegen. Dann darf nämlich gem. Art. 2 Abs. 1 1. Hs. AEUV nur die Union gesetzgeberisch tätig werden und verbindliche Rechtsakte erlassen. Die Mitgliedstaaten 2

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

dürfen gem. Art. 2 Abs. 1 2. Hs. AEUV in einem solchen Fall nur tätig werden, wenn sie von der Union hierzu ermächtigt werden, oder um Rechtsakte der Union durchzuführen. Die Bereiche ausschließlicher Unionszuständigkeit sind in Art. 3 Abs. 1 AEUV geregelt. Keiner der dort genannten Sachbereiche ist vorliegend berührt.

B. Geteilte Zuständigkeiten

3 In Betracht kommt daneben eine geteilte (besser: konkurrierende)[5] Zuständigkeit der Union. Gem. Art. 2 Abs. 2 S. 2, 3 AEUV verbleibt den Mitgliedstaaten hier eine Zuständigkeit, „sofern und soweit die Union ihre Zuständigkeit nicht ausgeübt hat" oder „entschieden hat, ihre Zuständigkeit nicht mehr auszuüben", etwa auch indem sie mittels Öffnungsklauseln den Mitgliedstaaten Regelungsspielräume eröffnet. Darüber hinaus sieht der Vertrag für die einzelnen Kompetenzen unterschiedliche Schutzverstärkungsklauseln vor, auf deren Grundlage die Mitgliedstaaten ggf. schutzverstärkende Regelungen erlassen können. Zu den geteilten Zuständigkeiten gehören gem. Art. 4 Abs. 2e), i) AEUV die – hier möglicherweise einschlägigen – Bereiche ‚Umwelt' und ‚Energie'.

I. Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 Industrieemissionen-Richtlinie

4 In Betracht käme ein Verstoß gegen Art. 9 Abs. 1 IE-RL. Nach dieser Vorschrift „enthalten" Anlagengenehmigungen, sofern die in dieser Anlage durchgeführten Tätigkeiten dem Treibhausgasemissionshandel nach RL 2003/87/EG unterfallen, „keine Emissionsgrenzwerte für direkte Emissionen dieses Gases, es sei denn, dies ist erforderlich, um sicherzustellen, dass keine erhebliche lokale Umweltverschmutzung verursacht wird".[6]

▶ Diese Regelung knüpft an das nationale Zulassungsregime an. In Deutschland erfolgt die Zulassung nach dem BImSchG. Art. 9 Abs. 1 IE-RL wird in § 5 Abs. 2 BImSchG umgesetzt. ◀

1. Geteilte Zuständigkeit

5 Die IE-RL beruht maßgeblich auf der Umweltkompetenz des Art. 192 AEUV. Es handelt sich hierbei um eine „geteilte Zuständigkeit" gem. Art. 4 Abs. 2e) AEUV. Ein mitgliedstaatlicher Regelungsspielraum verbleibt daher nur, wenn die unionsrechtliche Regelung (aufgrund eines Primärrechtsverstoßes) unwirksam ist (unter 2.), nicht bereits abschließend ist (unter 3.) oder sich der Mitgliedstaat auf die Schutzverstärkungsklausel nach Art. 193 AEUV berufen kann (unter 4.).

5 Die geteilte Zuständigkeit i.S.d. Art. 2 Abs. 2 AEUV ist ein Pendant zur „konkurrierenden Kompetenz" des GG. So sind gerade nicht EU und Mitgliedstaaten gleichberechtigt zur Regelung ermächtigt; vielmehr kann die Union durch ihr Tätigwerden die Regelungsbefugnis der Mitgliedstaaten „sperren". Die Bezeichnung als „konkurrierend" wäre daher treffender; so auch Calliess/Ruffert/*Calliess*, EUV/AEUV, 6. Aufl. 2022, Art. 2 AEUV Rn. 12; *Götz*, Abgrenzung der Zuständigkeiten, in: *ders.*/Martinez Soria (Hrsg.), Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten, 2002, S. 83 (94 f.); *Schröder*, JZ 2004, 8 (9); ähnlich auch Frankfurter Kommentar/*Häde*, Bd. II, 2017, Art. 2 AEUV Rn. 38; GHN/*Nettesheim*, Das Recht der EU, 80. Aufl. 2023, Art. 2 AEUV Rn. 25.

6 Ebenso bereits Art. 9 Abs. 3 UAbs. 3 IVU-RL (RL 2008/1/EG vom 29.1.2008 (ABl. L 24/8)).

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

2. Unwirksamkeit wegen Verstoßes gegen Primärrecht

Art. 9 Abs. 1 IE-RL könnte wegen eines Primärrechtsverstoßes unwirksam sein.[7] In Betracht kommt ein Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip.[8] Das Vorsorgeprinzip ist dem Umweltrecht der EU immanent: Art. 3 Abs. 3 S. 2 EUV verweist bereits auf den Grundsatz der Nachhaltigkeit im Zusammenspiel von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung. Zudem verpflichtet Art. 191 Abs. 2 S. 1 AEUV die Umweltpolitik der EU explizit auf ein hohes Schutzniveau. Art. 191 Abs. 2 S. 2 AEUV legt fest, dass die europäische Umweltpolitik auf den „Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung" beruht. *Vorsorge* stellt ein multifunktionales Gebot dar:[9] Zum einen sollen Schadenspotentiale unterhalb der Schwelle einer Rechtsgutsbeeinträchtigung und unterhalb der Schwelle der hinreichenden Wahrscheinlichkeit vermieden oder zumindest minimiert werden. Dahinter steht die *Ignoranztheorie*, wonach die Wirkungen menschlicher Eingriffe in die Umwelt wissenschaftlich nicht abschließend beurteilt werden können. Zum anderen soll die Vorsorge die fortdauernde Distanz zur Gefahrenschwelle sicherstellen, sodass die natürlichen Ressourcen möglichst schonend in Anspruch genommen werden können. Dahinter steht die *Freiraumtheorie*, die eine ihre Regenerationsfähigkeit erschöpfende Belastung der Umwelt i.S.d. Nachhaltigkeitsgedankens vermeiden möchte. Das Vorsorgeprinzip ermöglicht daher ein Tätigwerden der EU nicht erst bei drohenden Schäden durch konkrete Umweltgefahren, sondern bereits im Vorfeld zur Risikominimierung. Maßnahmen zum Klimaschutz beruhen auf dem Gedanken der Vorsorge und Nachhaltigkeit. Versteht man Art. 9 Abs. 1 IE-RL dahin gehend, dass die Vorschrift alleine Maßnahmen zur Verminderung lokaler Umweltverschmutzungen erlaubt und im Übrigen Treibhausgasemissionen bis zur Höhe vorhandener Zertifikate möglich blieben, würde die Vorschrift in einen Konflikt mit einem so verstandenen Vorsorgeansatz treten, insb. wenn, wie mittlerweile geschehen, der Zertifikatehandel nicht die erwartete und erhoffte Steuerungswirkung entfaltet.[10] Ein Primärrechtsverstoß ist jedoch erst dann anzunehmen, wenn die Vorschrift keine andere – primärrechtsfreundliche – Auslegung ermöglicht. Dies ist im Folgenden zunächst zu untersuchen. 6

3. Abschließende Regelung

Ein primärrechtskonformes Verständnis wäre ein solches, das eine abweichende mitgliedstaatliche Regelung erlaubt. Da die IE-RL „insb. auf Art. 192 AEUV" beruht, der wiederum eine geteilte Zuständigkeit i.S.d. Art. 2 Abs. 1e) AEUV darstellt, wäre dies insb. dann der Fall, wenn die Regelung nicht abschließend gemeint wäre. Dies ist im Folgenden durch Auslegung zu ermitteln. 7

▶ Dabei ist auf die Besonderheiten der europäischen Methodenlehre zu achten (instruktiv hierzu *Riesenhuber*, in: *ders.* (Hrsg.), Europäische Methodenlehre, 4. Aufl. 2021, § 1). Die Auslegungsmethoden (grammatikalisch, historisch bzw. entstehungsgeschichtlich, sys-

7 Der Verstoß sekundärrechtlicher Regelungen gegen das primärrechtliche Vorsorgeprinzip führt zur Nichtigkeit, vgl. nur EuG, Urt. v. 17.5.2018 – Rs. T-584/13, ECLI:EU:T:2018:279 Rn. 173 – BASF Agro, BeckRS 2018, 8536 Rn. 173.

8 Hierzu umfassend *Arndt*, Das Vorsorgeprinzip im EU-Recht, 2009.

9 Hierzu und dem Folgenden GHN/*Nettesheim*, Das Recht der EU, 80. Aufl. 2023, Art. 191 AEUV Rn. 88.

10 So ausf. *Ziehm*, Der Moment der Wahrheit, 2014, S. 8. Ebenso bereits *Diehr*, Rechtsschutz im Emissionszertifikate-Handelssystem, 2006, S. 168 f.; *Epiney*, ZUR 2010, 236 (242) jeweils zur Vorgängervorschrift des Art. 9 Abs. 3 UAbs. 3 IVU-RL.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

tematisch und teleologisch) sind aus der deutschen Methodenlehre bekannt, jedoch an die Besonderheiten des europäischen Rechts anzupassen. ◀

a) Wortlaut

8 Ausgangspunkt jeder Auslegung ist der Wortlaut.[11] Nach Art. 9 Abs. 1 IE-RL „enthält" die Genehmigung der dem europäischen Treibhausgasemissionshandel unterfallenden Anlagen und Tätigkeiten keine Emissionsgrenzwerte. Diese Formulierung scheint auf den ersten Blick zwingend; einschränkend ließe sich darauf hinweisen, dass die Vorschrift kein unmissverständliches „darf … nicht" enthält. Erwägungsgrund 9 der IE-RL spricht zugleich (relativierend) davon, dass die Genehmigung, „(u)m Doppelregelungen zu vermeiden", keine Emissionsgrenzwerte für direkte Emissionen von Treibhausgasen enthalten „sollte". Eine Soll-Verpflichtung gilt jedoch gerade nicht ausnahmslos.[12] Zur Ergänzung des uneindeutigen Wortlauts sind andere Auslegungsmethoden heranzuziehen.

b) Systematik

9 Systematisch[13] spricht gegen eine enge Auslegung bereits der Art. 9 Abs. 1 IE-RL nachgestellte Absatz. Abs. 2 legt nämlich fest, dass es den Mitgliedstaaten freisteht, für die von der ETS-RL erfassten Tätigkeiten „keine Energieeffizienzanforderungen" im Hinblick auf CO_2-Emissionen festzulegen. Umgekehrt gesprochen setzt Art. 9 Abs. 2 IE-RL dann zugleich voraus, dass solche Energieeffizienzanforderungen möglich sind. In ihrer Stoßrichtung ähneln Effizienzanforderungen jedoch Emissionsgrenzwerten, sodass noch zu begründen wäre, wieso das eine möglich, das andere jedoch ausgeschlossen sein soll. Zugleich würde eine abschließende Regelung – wegen ihres Verbotscharakters – Art. 193 AEUV widersprechen, was primärrechtswidrig wäre und (ausweislich des 10. Erwägungsgrundes) der Richtlinie auch offenkundig nicht gewollt ist.[14]

c) Historische Auslegung

10 I.R.d. historischen Auslegung ist insb. die Gesetzesbegründung heranzuziehen.
▶ Die Erwägungsgründe sind mehr als bloße Gesetzgebungsmaterialien, sie geben in prominenter Weise die Absicht und die dahinterstehende politische Regelungsvorstellung des Gesetzgebers wieder. Als „primäre policy statements" des Richtliniengebers sind sie daher Richtschnur der teleologischen Interpretation (hierzu *Köndgen*, in: Riesenhuber (Hrsg.), Europäische Methodenlehre, 4. Aufl. 2021, § 6 Rn. 78 ff.). ◀

11 Ausweislich der Erwägungsgründe dient diese Regelung dazu, „Doppelregelungen zu vermeiden".[15] Zu diesem Zweck „sollte" die Genehmigung keine weitergehenden Emissionsgrenzwerte für Treibhausgasemissionen enthalten. Ähnlich offen verhält sich die Formulierung im 21. Erwägungsgrund der ETS-RL: Danach „sollte" die Vorgängerrichtlinie der RL 96/61/EG (sog. IVU-RL) i.S.d. in Art. 9 Abs. 1 IE-RL (vorher:

11 Umfassend zur Wortlautauslegung im europäischen Recht *Riesenhuber*, in: *ders.* (Hrsg.), Europäische Methodenlehre, 4. Aufl. 2021, § 10 Rn. 12 ff.
12 Hierauf hinweisend die Auslegung bei *Klinski*, EnWZ 2017, 203 (208).
13 Umfassend zur systematischen Auslegung im europäischen Recht *Riesenhuber*, in: *ders.* (Hrsg.), Europäische Methodenlehre, 4. Aufl. 2021, § 10 Rn. 21 ff.
14 Hierzu ausf. *Ziehm*, Der Moment der Wahrheit, 2014, S. 8 ff.
15 9. Erwägungsgrund der IE-RL.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Stichwortverzeichnis

Die Angaben verweisen auf die Fälle des Buches (**fette Zahlen**) sowie die Randnummern innerhalb der einzelnen Fälle (magere Zahlen).
Beispiel: Fall 9 Rn. 10 = **9** 10

Aarhus-Konvention **5** 9
– Umsetzung **5** 9
Abfallbegriff **7** 37 ff.
– Entledigungstatbestand **7** 37
– Gegenstand **7** 37
– objektiver **7** 37
– Stoff **7** 37
– subjektiver **7** 37
Abfallbesitzer **7** 39
– Besitzbegründungswille **7** 39
– Erfüllungsprivatisierung **7** 39
– wilde Abfalllagerung **7** 54
Abfallerzeuger **7** 40 ff.
– Ersterzeuger **7** 40
– Zweiterzeuger **7** 40
Abschließende Regelung
– Öffnungsklausel **1** 35
Abwägungsgebot **6** 65
– Planungsrecht **6** 65
– Wasserrecht **6** 65
Adressatentheorie **4** 4, 6, **6** 9
Akt, öffentlicher Gewalt **2** 8
Allgemeinwohl **6** 63
Altlast **8** 23
Androhung, Zwangsmittel
– angemessene Fristsetzung **7** 77
– bestimmtes Zwangsmittel **7** 75
– Ermächtigungsgrundlage **7** 62
– Ersatzvornahme **7** 61 ff.
– Ersatzvornahme, voraussichtliche Kosten **7** 78
– Form **7** 66
– formelle Rechtmäßigkeit **7** 63
– materielle Rechtmäßigkeit **7** 68
– richtiges Zwangsmittel **7** 76
– VA-Qualität **7** 5
– Vollstreckungsbehörde **7** 64
– vorherige Anhörung **7** 65
Anfechtungsklage
– Begründetheit **4** 17 ff.
– Klagebefugnis, Drittanfechtung **4** 4, 5 ff., 10, **6** 8
– Klagefrist **8** 9
– Statthaftigkeit **4** 3, 4, 9, **5** 4
– Vorverfahren **4** 11, 28, **5** 25, **8** 6
– Zulässigkeit **4** 2 ff., 7 ff., **5** 2 ff.
Anhörung **6** 48 s. a. anhörungsverfahren, **8** 17
– Anhörungsbehörde **6** 1, 21, 42
Anhörungsverfahren
– Erörterung **6** 50
– Umweltverträglichkeitsprüfung, bei **6** 48
Anlage
– bauliche **4** 52
– bodenrechtliche Relevanz **4** 52
– immissionsschutzrechtliche **4** 20
Anordnung, einstweilige
– Anordnungsanspruch **9** 42
– Anordnungsgrund **9** 56 ff.
– Begründetheit **9** 41 ff.
– Eilbedürftigkeit **9** 56
– Sicherungsanordnung **9** 52 f.
– Sicherungsanspruch **9** 55
Antrag
– Bestimmtheit **3** 32
– Elektronisch **3** 31
Antragsgegner
– Behördenprinzip **7** 12
– Rechtsträgerprinzip **7** 12
– richtiger, Rechtsträgerprinzip **9** 35
Antragshäufung, objektive **7** 17
Arten
– ausschließlich national geschützte **5** 41
– besonders geschützte **5** 36
– streng geschützte **5** 36
– unionsrechtlich streng geschützte **5** 41
– Verantwortungsarten **5** 41
Artenschutzprüfung
– Entfall **5** 34
Artenschutzrecht
– allgemeines **5** 33
– Ausnahme **5** 35
– Befreiung **5** 35
– Besitzverbote **5** 35
– besonderes **5** 33
– Privilegierung **5** 35
– Schutzregime **5** 33
– Tiere, besonders geschützte Art **5** 36
– Tiere, streng geschützte Art **5** 36
– Tiere, wild lebende **5** 36

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

– Tötungsrisiko, signifikant erhöhtes **5** 37 ff.
– Vermarktungsverbote **5** 35
– Zugriffsverbote **5** 35

Ausgleichsregel, Zahlung **9** 47, 57

Auslegung
– effet utile **1** 45
– Erwägungsgründe **1** 10 f., 38
– Historisch **1** 10 f., 38
– Primärrechtskonforme **1** 13, 46 ff.
– Sinn und Zweck **1** 12, 39 f., **7** 46
– Souveränitätsfreundlich **1** 49
– Systematik **1** 9, 37, **7** 45
– Wortlaut **1** 8, **7** 44

Behörde
– zuständige, Baurecht **4** 23
– zuständige, Energiewirtschaftsrecht **9** 36
– zuständige, Immissionsschutzrecht **4** 23
– zuständige, Kreislaufwirtschaftsrecht **7** 31

Behördenprinzip **4** 12, **5** 26, **7** 12

Beiladung **6** 34
– notwendige, VA mit Doppelwirkung **4** 16, **5** 30, **9** 40

Beklagter
– Behördenprinzip **4** 12, **5** 26, **6** 31
– Rechtsträgerprinzip **4** 12, 29, **5** 26
– richtiger, Rechtsträgerprinzip **6** 31

Belange
– öffentliche **4** 52
– öffentliche, Beeinträchtigung **4** 52

Belange, öffentlich
– Gemeinwohl **2** 51 ff.

Belästigung **4** 45
– erhebliche **4** 46

Berufsfreiheit
– Beruf, Definition **2** 34
– Berufsausübungsfreiheit **2** 51
– Berufsausübungsregel **2** 48
– Drei-Stufen-Lehre (BVerfG) **2** 33, 43, 48, 50 f.
– Eingriff **2** 35 ff., 37
– Gesetzesvorbehalt **2** 39
– Regelung, berufsbezogen **2** 36 f.
– Schrankensystematik **2** 33, 52, 54
– Schutzbereich **2** 30 ff.
– Schutzbereich, persönlich **2** 31
– Schutzbereich, sachlich **2** 32 ff.
– Verfassungsrechtliche Eingriffsrechtfertigung **2** 38

Besitzbegriff
– bürgerlich-rechtlicher **7** 39
– öffentlich-rechtlicher **7** 39

Beteiligtenfähigkeit **8** 7
– Bürgerinitiative **3** 17
– Gebietskörperschaft **4** 13, 30, **5** 27, **7** 13
– natürliche Person **4** 13, 30, **7** 13
– rechtsfähiger Verein **5** 27
– Vereinigung **3** 17

Betreiberpflichten, immissionsschutzrechtliche
– Schutzgrundsatz **4** 40

Betrieb
– land- oder forstwirtschaftlicher **4** 52

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nach UIG **3** 64 f.

Beurteilungsrahmen
– behördlicher **5** 46
– behördlicher, gerichtliche Kontrolle **5** 46

Bodenfunktion **8** 24

Bodenschutz **8** 1 ff.

Bodenschutzrecht
– Abwehrpflicht **8** 21
– Sanierungspflicht **8** 21
– Vermeidungspflicht **8** 21

Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) **9** 1

Bundeswaldgesetz (BWaldG) **9** 1
– Waldbegriff, -Definition **9** 47

Bürgerinitiative
– Klagebefugnis **3** 14, 15
– Vereinigungen **3** 15

CO2-Warnhinweispflicht **2** 46 ff.

Drittschutz
– Allgemeinwohl **6** 13 f.
– Artenschutzrecht **5** 8
– Baurecht, Rücksichtnahmegebot **4** 8
– Erörterung **6** 21 ff.
– Gefahrenabwehr **4** 8
– Immissionsschutzrecht, Betreiberpflichten, § 5 BImSchG **4** 8
– Nachbarbegriff, Schutzbereich **4** 9
– Norm, drittschützende **4** 4, 8 ff., **6** 11 ff.
– Öffentlichkeitsbeteiligung **6** 20, 26
– Planrechtfertigung, WHG **6** 12
– Schutznormtheorie **4** 4, 8, **6** 11, **9** 15
– UVP-Vorschriften **6** 26 f.
– Verfahrensrechte **6** 15
– Vorsorge **4** 8
– Wasserschutzrechtlich, § 68 WHG **6** 13 f.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Durchgriffshaftung **8** 29 ff.
– Qualifizierte Konzernabhängigkeit **8** 34
– Unterkapitalisierung **8** 32 ff.

Eigentum **8** 44
Einschätzungsprärogative
– naturschutzfachliche **5** 46
Emissionen
– UIG **3** 67 f.
– Umweltinformationen **3** 67 f.
Emissionszertifikatehandel **1** 1 ff.
– Blackloading **1** 1
– cap and trade **1** 31, 42 f., 55
– EU **1** 1 ff.
– Gebäude/Wärme **1** 35
– Marktstabilitätsreserve **1** 1, 55
– Verkehr **1** 35
– Wasserbetteffekt **1** 1, 40, 53 ff., 55
Energieleitung
– Ausbau **9** 1, 27
– Übertragungsnetz, 380 kV **9** 1, 27
Energiepolitische Souveränität **1** 16 ff.
Energiewirtschaft **9** 1 ff.
Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) **9** 1
Entschädigung **9** 47, 57
Erheblichkeitsschwelle
– Belästigung **4** 46
– Gebietscharakter **4** 46
– Grenzwerte, TA-Lärm **4** 47
– Nachteil **4** 46
– verständiger Durchschnittsmensch **4** 46
– Vorbelastung **4** 46
– Zumutbarkeit **4** 46
Erkenntnisgrundlage
– Untersuchungsgebiet **5** 55
– Untersuchungstiefe **5** 54
Ermächtigungsgrundlage
– Abgrenzung **8** 13
– Bodenrecht **8** 13
– Kostenbescheid **8** 13
Ermessen **8** 55 ff.
– Auswahlermessen **7** 52 ff., **8** 35 ff., 57 ff.
– Auswahlermessen, Gesichtspunkte der Störerauswahl **8** 40
– Auswahlermessen, Mittelauswahl **7** 53
– Auswahlermessen, Störerauswahl **7** 54 ff., **8** 37
– Entschließungsermessen **7** 51, **8** 35, 56
– Umweltinformationen **3** 72
Erörterung
– Verfahrensfehler **6** 53 ff.
Ersatzvornahme **8** 47
EU-Notfall-VO **5** 34

Fachplanung **9** 20
– Energiewirtschaft **9** 1 ff., 20
Formulierungshilfe, Klausur
– Obersatz **2** 1
Forstbehörde
– Umwandlungsgenehmigung **9** 28, 49, 57
Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung **6** 17
– Hinwirkungspflicht **6** 19 f.
Funktionsgrenzen der Rechtsprechung **5** 47 s.a. kontrolldichte, reduzierte

Gefahr **4** 44, **8** 25
Genehmigung, immissionsschutzrechtliche
– Anhörungsrecht **4** 23
– Ermächtigungsgrundlage **4** 19
– Genehmigungsfähigkeit **4** 39
– Genehmigungsfähigkeit, Interessenabwägung **4** 49
– Genehmigungsfähigkeit, Standortalternativenprüfung **4** 54
– Genehmigungspflichtigkeit **4** 21
– Konzentrationswirkung **4** 23
– Rechtswidrigkeit **4** 18
Genehmigungsverfahren, immissionsschutzrechtliches
– förmliches Genehmigungsverfahren **4** 24 ff.
– förmliches Genehmigungsverfahren, Antrag **4** 26
– förmliches Genehmigungsverfahren, Auslegung **4** 29
– förmliches Genehmigungsverfahren, Auslegungsfrist **4** 29
– förmliches Genehmigungsverfahren, Behördenbeteiligung **4** 32
– förmliches Genehmigungsverfahren, Behördenentscheidung **4** 35
– förmliches Genehmigungsverfahren, Einwendungen **4** 30 f.
– förmliches Genehmigungsverfahren, Einwendungsfrist **4** 30
– förmliches Genehmigungsverfahren, Erörterung **4** 34
– förmliches Genehmigungsverfahren, Form **4** 37
– förmliches Genehmigungsverfahren, formelle Präklusion **4** 31
– förmliches Genehmigungsverfahren, öffentliche Bekanntmachung **4** 28

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

– förmliches Genehmigungsverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung **4** 27 ff.
– förmliches Genehmigungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung **4** 33
– förmliches Genehmigungsverfahren, UVP-Pflicht **4** 25
– vereinfachtes Verfahren **4** 24

Gericht
– Zuständigkeit **3** 22, **4** 14, 31, **5** 28, **8** 10, **9** 38

Gesetzesvorbehalt
– belastende Maßnahme **7** 29
– drittbelastende Maßnahme **4** 19
– Ermächtigungsgrundlage **4** 19, **7** 29
– Verwaltungszwang **7** 62

Gesetzgebung
– Einschätzungsprärogative, Gesetzgeber **2** 51 f.
– Kompetenzen, Bund **2** 40

Gesetzgebungskompetenz **1** 1 s. unionsgesetzgebungskompetenz
– Abgrenzung EU – Nationalstaat **1** 1

Gesundheitsschutz **8** 44

Geteilte Zuständigkeit
– Abschließende Regelung **1** 7 ff., 34 ff.

Gewässerausbau **6** 39

Gewässerausbauvorhaben **6** 36

Gewässerbegriff **6** 38
– oberirdische Gewässer **6** 38
– Rückhaltebecken **6** 38

Gewässerschutzrecht **6** 1 ff.

Grundrechte **2** 1 ff.
– Beeinträchtigung, Möglichkeitstheorie **2** 16
– Berufsfreiheit **1** 55, **2** 1, 5, 26 ff.
– Eigentumsfreiheit **1** 55, **2** 5, 26
– Einkommensfreiheit **2** 1
– Grundrechtsbindung, vollständig determiniertes Unionsrecht **2** 15
– Grundrechtsdogmatik (GG versus GRCh) **2** 12 ff., 27
– Grundrechtskonkurrenzen (EU, national) **2** 24 ff.
– Grundrechtsträger, juristische Person (Art. 19 Abs. 3 GG) **2** 4 f.
– Grundrechtsverletzung **2** 1
– Meinungsfreiheit **2** 5, 25
– Recht auf Vergessen-Entscheidung (BVerfG) **2** 12, 27
– Schutzniveau **2** 14
– Sitztheorie, Rechtsträgerprinzip **2** 4
– Solange-Rspr. (BVerfG) **2** 12, 27
– Verletzung, juristische Person **2** 11 ff., 15, 29, **9** 14

Grundrechtseingriff
– durch Gesetz **2** 35
– Mittelwahl, Erforderlichkeit **2** 49
– Verfassungsrechtliche Rechtfertigung **2** 23 ff., 38 ff.

Grundverfügung **8** 46

Heilung **5** 63 ff.
– materielle Fehler **4** 59, **5** 65
– materielle Fehler, Entscheidungsergänzung **5** 65
– materielle Fehler, ergänzendes Verfahren **5** 65
– Verfahrensfehler **5** 64

Hinwirkungspflicht **6** 19 f.

Hochwasserschutz **6** 1 ff., 62

Immissionen **4** 42
– anlagenbezogene **4** 20
– schädliche **4** 43 ff.
– schädliche, Belästigung **4** 45
– schädliche, Gefahr **4** 44
– schädliche, Nachteil **4** 45
– verhaltensbezogene **4** 20

Immissionsschutzrecht **4** 1 ff.

Informationen
– Begriff **3** 43
– doppelrelevante **3** 48 f.

Informationsanspruch
– Informationsbereitstellung **3** 9
– Klageart **3** 9

Informationspflichtige Stellen **3** 11
– Klageart **3** 11

Interesse, öffentlich **9** 28

Kausalitätsrechtsprechung **6** 15

Klageart
– Umweltinformationen **3** 4 f.
– Verpflichtungsklage **3** 5 f.
– Versagungsgegenklage **3** 5

Klagebefugnis
– Adressatentheorie **4** 11, **8** 5
– Anfechtungsklage **8** 5
– Bürgerinitiative **3** 13, 15
– Drittanfechtung, Adressatentheorie **4** 4, 6, **5** 7, **6** 6, 9
– Drittanfechtung, Schutznormtheorie **4** 4, 7 ff., **5** 8, **6** 10
– Leistungsklage **3** 8, 12

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

– Möglichkeitstheorie **3** 12, **4** 5, **5** 6, **6** 8, **8** 5
– subjektiv-öffentlichen Rechte **6** 14
– Vereinigungen, nichtrechtsfähige **3** 13

Klagefrist
– Anfechtungsklage **8** 9
– Klagebegründungsfrist **4** 14, 31, **5** 28

Klimakrise **1** 1

Klimaschutz **1** 1 ff., **2** 1 ff.
– Aktionsplan **1** 1
– CO2-Warnhinweise **2** 25 ff.
– CO2-Warnhinweispflicht **2** 14, 16, 35, 42, 52
– „Green-Washing“ **2** 51
– Informationspflicht **2** 1
– Kennzeichnungspflicht **2** 25, 42
– Klimaschutzgesetz **1** 1 ff., 54
– Klimaschutzplan **1** 1 ff.
– Klimaziele, nationale **1** 54
– Schutzauftrag, staatlich **2** 44 f.
– Schutzgut gem. Art. 20a GG **2** 45, 52
– Suffizienz **2** 44

Kohlekraftwerke **1** 1 ff.
– Betriebsdauer **1** 1 ff.

Kontrolldichte
– gerichtliche, naturschutzfachliche Einschätzungsprärogative **5** 46
– gerichtliche, unbestimmte Rechtsbegriffe **5** 46
– reduzierte, Erkenntnisvakuum **5** 47 ff.
– reduzierte, objektive Funktionsgrenzen der Rechtsprechung **5** 47 ff.
– Vertretbarkeits- bzw. Plausibilitätskontrolle **5** 47 ff.

Konzentrationswirkung
– formelle **4** 51

Kostenbescheid
– Formelle Rechtmäßigkeit **8** 14
– Materielle Rechtmäßigkeit **8** 19
– Verfahren **8** 16
– Zuständigkeit **8** 15

Kreislaufwirtschaftsrecht **7** 1 ff.

Kreislaufwirtschaftsrechtliche Generalklausel **7** 29
– Adressat **7** 38
– Ermessen **7** 50 ff.
– Voraussetzungen **7** 36 ff.

Landeswaldgesetz-BW (LWaldG BW) **9** 28, 49

Landwirtschaft
– Begriff, baurechtlicher **4** 52

Leistungsklage
– Allgemeine **3** 8
– Herausgabe von Informationen **3** 8
– Klagegegner **3** 23

Meinungsfreiheit
– (Produkt-)Werbung **2** 25

Nachbarbegriff
– baurechtlicher **4** 9
– immissionsschutzrechtlicher **4** 9

Nachhaltigkeit **1** 6

Nachteil **4** 45, **8** 25
– erheblicher **4** 46

Naturschutzrecht **5** 1 ff.

Öffentlichkeitsbeteiligung
– Eigenwert **6** 27 f.
– Erörterung **6** 21 f., 50
– Fehlerfolgen **6** 26
– fehlerhaft **6** 54 ff.
– Frühe **6** 17
– Hinwirkungspflicht **6** 19 f.
– Verfahrensfehler **6** 53 ff.

Ordnungswidrigkeit
– Bußgeldverfahren, Fachgerichte **2** 19

Pariser Abkommen **1** 1 ff.

Personenvereinigungen
– Anspruchsberechtigung, Umweltinformationen **3** 51 ff.

Pflicht, abfallrechtliche **7** 48 ff.
– Eigenentsorgungsgrundsatz **7** 48
– Überlassungspflicht **7** 48

Planerhaltungsgrundsatz **6** 54

Planfeststellung
– Energiewirtschaft **9** 1 ff.
– privatnützige **6** 62
– vorzeitiger Baubeginn **9** 1, 19, 27

Planfeststellungsbeschluss **6** 7
– Allgemeinverfügung **6** 5 f.
– Anfechtungsklage **6** 7
– Einzelfall **6** 5 f.
– Verpflichtungsklage **6** 7

Planfeststellungspflichtigkeit **6** 36 ff.
– Gewässerausbau **6** 39
– Planfeststellung, formelle **6** 41 ff.
– Planfeststellung, materiell **6** 59 ff.

Plangenehmigungsverfahren
– wasserrechtlich **6** 1 ff.

Planrechtfertigung **6** 60

Planungsermessen **6** 65

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Planungsrecht
– Energiewirtschaft **9** 1
Präklusion
– formelle **4** 31
– materielle **4** 58
– materielle, Unionsrechtswidrigkeit **4** 58
Produktkennzeichnung **2** 49
Prozessfähigkeit **8** 8
– Gebietskörperschaft **4** 13, 30, **5** 27, **7** 13
– juristische Person, Vertreter **2** 6
– natürliche Person **4** 13, 30, **7** 13
– rechtsfähiger Verein **5** 27
– Vereinigungen **3** 19 f.
Recht, subjektiv-öffentlich
– Schutznormtheorie **9** 15 f.
– Verfahrensfehler **9** 15
Rechtschutz, einstweiliger
– vorläufig, vorbeugend **9** 33
Rechtsgut
– Verletzung **9** 13
Rechtsgutverletzung, irreparabel **9** 56
Rechtsschutz, effektiver **9** 32, 57
– Verfahrensgrundrecht gem. Art. 19 Abs.4 GG **9** 10
Rechtsschutz, einstweiliger
– Abgrenzungsformel gem. 123 Abs.5 VwGO **9** 5
– Antragsbefugnis **7** 7, **9** 12 ff.
– Antragsform **7** 14
– Antragsfrist **7** 14
– Antragshäufung, objektive **7** 17
– Begründetheit **7** 18 ff.
– Begründetheit, Suspensivinteresse **7** 19
– Begründetheit, Vollziehungsinteresse **7** 19
– Interessenabwägung **7** 25
– Rechtsschutzbedürfnis **7** 8, **9** 32 ff.
– Rechtsschutzbedürfnis, vorheriger Antrag **7** 9, **9** 34
– Rechtsschutzbedürfnis, vorherige Rechtsbehelfseinlegung **7** 10
– statthafter Antrag **7** 4
– statthafter Antrag, Subsidiarität **7** 5
– statthaftes Hauptsachverfahren **9** 6 ff.
– statthafte Verfahrensart **9** 4 ff.
– Verwaltungsrechtsweg **7** 3
– vorläufig, vorbeugend **9** 1 ff., 8 ff.
– Wiederherstellung, Anordnung aufschiebender Wirkung **9** 5
– Zulässigkeit **7** 2 ff.
– zuständiges Gericht **7** 15
Rechtsschutzbedürfnis, qualifiziert **9** 32
Rechtsträger
– Landratsamt, Doppelfunktion **4** 12, 29, **5** 26, **7** 12
Rechtsträgerprinzip **4** 12, 29, **5** 26, **7** 12
Rechtsverletzung
– Drittanfechtung **4** 57
– materielle Präklusion **4** 58
– subjektive **4** 57 ff.
Rechtsvorschrift
– Umweltbezogene **4** 19, **5** 16, **9** 43 ff.
– Verstoß, entscheidungsrelevant **9** 43 ff.
Rücksichtnahmegebot **4** 8
Sanierung **8** 1 ff.
– Sanierungsbescheid **8** 1 ff.
– Sanierungsmaßnahme **8** 1 ff.
Sanierungspflicht **8** 27
Sanierungsverfügung
– Adressat **8** 28
Schädliche Bodenveränderung **8** 23
Schadstoffe **8** 27
Schutzgrundsatz **4** 8, 49
Schutznorm
– Artenschutzrecht **5** 8
– Betreiberpflichten, § 5 BImSchG **4** 8
– Rücksichtnahmegebot **4** 8
– Verfahrensvorschriften **6** 16
– Wasserschutzrechtlich, § 68 WHG **6** 13
Schutznormtheorie **4** 4, 8, **6** 10
Schutzverstärkungsklausel **1** 1, 51 ff.
– Horizontale Schutzverstärkung **1** 26
– Vertikale Schutzverstärkung **1** 26
Sofortvollzug
– vorgeschrieben, gesetzlich **9** 4, 33
Sonderzuweisung
– Abdrängende **3** 3
– Aufdrängende **3** 3
Staatszielbestimmung
– Umwelt-, Klimaschutz **2** 51
Stichprobenuntersuchung **5** 51 ff.
– Methodik **5** 52
– Umfang **5** 53
Streitigkeit
– nichtverfassungsrechtlicher Art **4** 2, 3, **5** 3, **6** 3, **7** 3, **8** 3, **9** 3
– öffentlich-rechtliche **3** 3, **4** 2, 3, **5** 3, **6** 3, **7** 3, **8** 3, **9** 3
– öffentlich-rechtliche, modifizierte Subjektstheorie **4** 2, 3, **5** 3, **6** 3, **7** 3, **8** 3, **9** 3

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

TA-Lärm **4** 8, 47
– (Außen-)Verbindlichkeit **4** 47
– normkonkretisierende Verwaltungsvorschrift **4** 47

TA-Luft **4** 48

Tötungsrisiko
– signifikant erhöhtes **5** 37 ff., 43
– signifikant erhöhtes, kollisionsgefährdete Brutvogelarten **5** 44

Tötungsverbot
– Ausnahme **5** 59
– Ausnahme, ergänzende Maßgaben **5** 59
– Befreiung **5** 59
– Privilegierung **5** 39 ff.
– Privilegierung, Anwendungsbereich **5** 40 f.
– Privilegierung, Maßgaben **5** 42 ff.
– Schutzmaßnahmen **5** 45
– Voraussetzungen **5** 35

Treibhausgas **1** 1
– CO2 **1** 1 ff.
– Treibhausgasneutralität **1** 1
– Treibhausgasreduktion **1** 1 ff.

Treibhausgasemissionszertifikaterichtlinie **1** 1 s. ets-rl

Umwelt
– Begriff **3** 43

Umweltbeeinträchtigung
– Irreversibel **9** 21
– Reversibel **9** 20

Umwelteinwirkungen
– schädliche **4** 41 ff.
– schädliche, Immissionen **4** 42

Umweltenergierecht **9** 1 ff.

Umweltinformation
– Umweltinformationsanspruch **3** 1 ff.

Umweltinformationen
– Anspruch auf Herausgabe **3** 27
– Anspruchsberechtigung **3** 50 ff.
– Anspruchsgegenstand **3** 35 f.
– Anspruchsgegner **3** 54 ff.
– Anspruchsvoraussetzungen, materielle **3** 34 ff.
– Antrag **3** 29
– Anwendungsbereich **3** 36
– Auswahlermessen **3** 72
– Begriff **3** 41 f.
– Belang, öffentlicher **3** 61 f.
– Belang, sonstiger **3** 64 ff.
– Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse **3** 64
– Emissionen **3** 67 f.
– Ermessen **3** 71
– Informationsverlangen **3** 48 f.
– Klageart **3** 4 ff.
– Klagebefugnis **3** 12
– Leistungsklage **3** 12
– Rechtsfolge **3** 71 f.
– UI-Richtlinie RL 2003/4/EG **3** 42
– Umweltbestandteile **3** 43 ff.
– Umweltzusammenhang **3** 57
– Verfügen **3** 58
– Vorverfahren **3** 16

Umweltinformationsanspruch **3** 1 ff.
– Anspruchsberechtigung **3** 13, 50 ff.
– Anspruchsgegenstand **3** 35 f.
– Anspruchsgegner **3** 54 ff.
– Anspruchsgrundlage **3** 28
– Anspruchsvoraussetzungen, formelle **3** 29 ff.
– Anspruchsvoraussetzungen, materielle **3** 34 ff.
– Antrag **3** 29
– Anwendungsbereich **3** 36
– Aufgaben, öffentliche **3** 55
– Aufgaben, umweltbezogene **3** 55
– Ausschlussgründe **3** 60 ff.
– Auswahlermessen **3** 72
– Belang, öffentlicher **3** 61 f.
– Belang, sonstiger **3** 64 ff.
– Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse **3** 64
– Betroffenheit **3** 53
– Bürgerinitiative **3** 13
– Emissionen **3** 67 f.
– Ermessen **3** 71
– Klageart **3** 9
– Klagebefugnis **3** 13
– Kontrollbegriff **3** 39
– Kontrolle des Bundes **3** 37
– Personenvereinigungen **3** 51 ff.
– Private Stelle **3** 9, 37
– Rechtsfolge **3** 71 f.
– Umweltzusammenhang **3** 57
– Verfügen **3** 58

Umweltinformationsrecht **3** 1 ff.

Umweltkompetenz
– Schutzverstärkungsklausel **1** 9

Umweltrechtsbehelfsgesetz
– Anwendungsbereich **5** 9
– Europarechtskonformität **5** 19

Umweltschutz **8** 44
– Chemikalien **3** 45, 68
– Flora und Fauna **3** 44
– Staatszielbestimmung **2** 45, 51

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

– Umweltvorsorge **9** 48

Umweltunion **1** 47

Umweltverträglichkeitsprüfung
– Anhörungsverfahren **6** 48
– Behördenbeteiligung **6** 46
– Öffentlichkeitsbeteiligung **6** 47
– Verfahren **6** 47

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) **4** 33, **9** 1 ff.
– Durchführungspflicht **4** 25
– Entfall **5** 34
– Öffentlichkeitbeteiligung **9** 48
– Öffentlichkeitsbeteiligung **9** 21 f., 30
– UVP-Pflicht **9** 21 f., 54
– UVP-Pflicht, Verstoß **9** 44 ff., 50 f.

Umweltzusammenhang nach UIG **3** 57

Unionsgesetzgebungskompetenz **1** 1 ff.
– Ausschließliche Zuständigkeit **1** 2
– Binnenmarktkompetenz **1** 29
– Geteilte Zuständigkeit **1** 3, 5, 33
– Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung **1** 1, 15
– Kompetenzschranke **1** 16
– Schutzverstärkungsklausel **1** 23 ff., **2** 1, 14, 40
– Subsidiarität **1** 15
– Umweltkompetenz **1** 5
– Verhältnismäßigkeit **1** 15

Unionsrecht
– ETS-Richtlinie **1** 9, 11, 31 ff.
– ETS-Richtlinie, Öffnungsklausel **1** 35
– ETS-RL **1** 1
– EU-Grundrechtecharta (GRCh) **2** 5, 13
– Grundsatz der Äquivalenz **5** 9
– Grundsatz der Effektivität **5** 9
– Industrieemissionen-Richtlinie (IE-RL) **1** 1, 4 ff., 28
– Nationaler Vollzug **2** 9
– richtlinienkonforme Auslegung **9** 19 ff., 22
– Schutzverstärkungsklausel **2** 44
– UVP-RL **9** 1, 19 ff., 22
– Vorrang von Unionrecht **2** 12 ff., 27

Unterlassungsklage, vorbeugend
– Antragsbefugnis **9** 12 ff.
– Rechtsschutzbedürfnis, qualifiziert **9** 32 ff.

Unterlassungsklage, vorbeugende **9** 8 ff.
– ausnahmsweise zulässig **9** 10
– gegen künftigen VA **9** 8
– grds. unzulässig **9** 9

Verantwortlichkeit
– Verhaltensverantwortlichkeit **8** 37
– Zustandsverantwortlichkeit **8** 29, 37 f.

Verbandsklage
– umweltrechtliche, Heilung, materielle Fehler **5** 65
– umweltrechtliche, Heilung, materielle Fehler, Entscheidungsergänzung **5** 65
– umweltrechtliche Heilung, materielle Fehler, ergänzendes Verfahren **5** 65

Verbandsklage, umweltrechtliche **5** 1 ff., **9** 1 ff.
– Antragsbefugnis **9** 17 ff.
– Begründetheit **5** 31
– einstweiliger Rechtsschutz **9** 17
– Klagebefugnis **5** 5 ff.
– Klagebefugnis, Öffnungsklausel **4** 12, **5** 9
– Klagebefugnis, unredliches Verhalten **5** 24
– Prüfungsgegenstand, tauglicher **4** 13 ff., **5** 10 ff., **9** 18
– umweltbezogene Rechtsvorschrift **5** 32 ff.
– unredliches Verhalten **5** 66

Verbraucherschutz(-recht) **2** 40
– Umweltinformationen **2** 44 f.

Vereinigung
– Anerkennung **4** 22, **5** 19, **9** 24
– Anerkennung, maßgeblicher Zeitpunkt **5** 19
– Aufgabenbereich, satzungsgemäß **9** 29, 53
– Bürgerinitiative **3** 17

Verfahrensfehler **9** 15
– Absolute **6** 15, 54 ff., **9** 15, 30, 48
– Anhörung **6** 53 ff.
– Aufhebungsanspruch **9** 15, 52
– Erörterung **6** 53 f.
– Heilung **9** 52
– Öffentlichkeitsbeteiligung **6** 53 ff.
– relativer **6** 15, 56 ff.

Verfassungsbeschwerde **2** 1 ff.
– Beschwerdebefugnis, juristische Person **2** 10 ff., 17
– Beschwerdeberechtigung **2** 4
– Erfolgsaussichten **2** 55
– Form **2** 21
– Frist **2** 21
– materielle Subsidiarität **2** 19
– Prüfungsmaßstab **2** 23
– Prüfungsumfang (BVerfG) **2** 13 f.
– Rechtssatzverfassungsbeschwerde **2** 3 ff.
– Rechtsschutzbedürfnis **2** 18 ff.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

– Rechtsweg, formelle Subsidiarität **2** 18
– Tauglicher Beschwerdegegenstand **2** 7 f.
– Urteils- versus Rechtssatzverfassungsbeschwerde **2** 7
– Zulässigkeit **2** 3, 22

Verfassungsrecht **2** 1 ff.
– (moderner) Eingriffsbegriff **2** 35 f.
– formelle Verfassungsmäßigkeit, Bundesgesetz **2** 40
– Heck'sche Formel **2** 23
– Integrationsverantwortung (BVerfG) **2** 12, 27
– materielle Verfassungsmäßigkeit, Bundesgesetz **2** 41 ff., 53
– praktische Konkordanz **2** 52
– Rechtsgüterabwägung **2** 52
– Rechtssicherheit, Bestimmtheitsgebot **2** 42
– Schranke, Inhalts- und Schrankenbestimmung **2** 39
– Schranke-Schranke **2** 52
– Übermaßverbot, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz **2** 43 ff.
– Untermaßverbot, Schutzpflicht **2** 52
– Verfassungsgerichte, Konkurrenz (BVerfG, EuGH) **2** 27

Verhältnismäßigkeit **2** 43 ff.
– Angemessenheit **2** 50 ff.
– Erforderlichkeit **2** 47 ff.
– Geeignetheit **2** 46
– Legitimer Zweck **2** 44 f.
– Sanierungsanordnung **8** 43 ff.

Verlängerungsentscheidung
– Voraussetzungen **4** 4

Verpflichtungsklage
– Versagungsgegenklage **3** 5

Vertretbarkeits- bzw. Plausibilitätskontrolle **5** 47 ff.
– Erkenntnisgrundlage **5** 50 ff.

Verwaltungsakt
– Behörde **3** 6
– Doppelwirkung **6** 6
– Einzelfall **6** 5 f.
– formelle Rechtmäßigkeit **4** 22 ff., **7** 30
– Informationsbereitstellung **3** 8
– materielle Rechtmäßigkeit **7** 35 ff.
– Planfeststellungsbeschluss **6** 5 f.
– Rechtswidrigkeit **7** 28
– Regelung **3** 8

Verwaltungsrechtsweg
– Eröffnung **4** 3, **5** 3, **6** 3, **8** 3
– Eröffnung, einstweiliger Rechtsschutz **7** 3, **9** 3

Verwaltungsrechtweg
– Eröffnung **3** 3, **4** 2

Verwaltungsvollstreckung **7** 1 ff.
– Androhung, Ersatzvornahme **7** 61 ff.
– Ersatzvornahme **7** 68 ff.
– Grundverfügung **7** 69 ff.
– rechtswidrige Grundverfügung **7** 72
– vollstreckbare Grundverfügung **7** 73
– vollstreckungsfähige Grundverfügung **7** 71
– Vollstreckungsschuldner **7** 80
– wirksame Grundverfügung **7** 70

Verwaltungsvorschrift
– normkonkretisierende, TA-Lärm **4** 47
– normkonkretisierende, TA-Luft **4** 48

Vollziehungsanordnung
– Begründung **7** 23
– formelle Rechtmäßigkeit **7** 20 ff.
– vorherige Anhörung **7** 22
– zuständige Behörde **7** 21

Vorhaben
– Außenbereich **4** 52
– gemeinnützig **6** 61
– nicht privilegiertes, Baurecht **4** 52
– privatnützig **6** 61
– privilegiertes, Baurecht **4** 52

Vorhabenbegriff **6** 18

Vorsorge **4** 8
– Drittschutz **4** 8

Vorsorgeprinzip **1** 1, 6, 14

Vorzeitiger Baubeginn **9** 19 ff.
– Irreversibel **9** 21 ff., 27, 33, 51
– Zulassungsanforderungen **9** 50
– Zulassungsentscheidung **9** 21 f.

Wald
– Naherholungsfunktion **9** 1, 33, 49
– ökologische Qualität **9** 47
– Rodung **9** 1, 22, 27, 28 ff., 33, 44, 51, 57
– Rodung, Genehmigungsfähigkeit **9** 49
– Schutzgut **9** 1
– Wirtschaftswald **9** 1, 22, 33, 47

Wasserhaushaltsgesetz
– Anwendungsbereich **6** 37 f.
– Gewässerbegriff **6** 38

Wasserrecht **6** 1 ff.

Werbungsverbot **2** 49

Wettbewerbsverzerrung **2** 52

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-1054-7

Windenergieausbau
– Beschleunigung **5** 34, 44
Wirkung, aufschiebende
– Rechtsbehelf **7** 6, **9** 5
Zulassung **9** 19 ff.
– Begriff i.S.d. UVPG **9** 19
– Drohende **9** 28
– Fachplanung **9** 20
– vorzeitiger Baubeginn **9** 27
Zulassungsentscheidung **4** 14, **5** 11
Zuständigkeit
– Wasserbehörde **6** 42
Zwangsmittel
– Androhung **7** 61 ff.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.